

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havliczkova nám. 32. Telefon 6795, nachts 6797.

Verkaufsstellen: Prag II., Havliczkova nám. 32. Bohemia, amtl. 57544.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . K 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährlich . . . 86.—
jährlich . . . 192.—

Kündigung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Dienstag, 20. März 1923.

Nr. 65.

In Rumänien und bei uns.

Die Staatskunst der Botta hat erreicht, was sie zur Behebung ihrer Nöte erreichen wollte: die Beschaffung über das Schutzgesetz und damit die Auslieferung der politischen Rechte der Staatsbürger an die schon heute allmächtige Bürokratie. In wenigen Tagen wird das Gesetz zum Schutze der Republik, das die Pressefreiheit vollständig erschlägt, das mit einem Schläge für alle politischen Delikte die Schwurgerichte fast reiflos abschafft und das einen wahren Rattenkönig von reaktionären Strafbestimmungen enthält, sanktioniert sein. Außer sehr vereinzelt Stimmen äußern noch immer alle tschechischen Patrioten die satte Zufriedenheit über das gelungene Werk einer übermächtig und übermächtig gewordenen Reaktion. Eiferdroll sind sie bemüht, den traurigen Nachweis zu führen, daß dem tschechischen Bürgertum und seinen „sozialistischen“ Nachläufern das freiheitliche und demokratische Empfinden kaum hauttief saß.

Gerade zur Zeit, da bei uns eine wankend gewordene unsfähige und böswärtige Parteiherrschaft ihren drohenden Zusammenbruch durch die gesetzliche Stärkung der bürokratischen Willkür aufzuhalten sucht, sind ähnliche Bestrebungen auch in Rumänien im Zuge. Dort hat die in der Mehrheit befindliche liberale Partei beiden gesetzgebenden Körperschaften den Entwurf einer neuen Verfassung vorgelegt, der, ähnlich wie das Schutzgesetz, den Zweck verfolgt, das Leben des herrschenden Parteiregimes künstlich durch Injektionen zu verlängern. Aber welcher Unterschied zwischen dort und hier! Wenn hier bei den Koalitionsparteien, die sich so gern mit dem Staat selbst identifizieren, nicht alle Scham zu den Hundstößen wäre, ihre Angehörigen müßten sich beim Lesen dessen, was in Rumänien künftig die Grundlage des Staates bilden soll, in die Seele hineinsehnen. Dabei ist festzuhalten, daß Rumänien ein monarchistischer Balkanstaat, der da hinten, „irgendwo bei der Türkei“, liegt, während die Tschechoslowakei zu den demokratischen Weststaaten gezählt werden möchte und deren führende Männer im Zeichen der Freiheit, der Demokratie und der Selbstbestimmung den Staat schufen.

Man wird uns keine Begeisterung für Staatsverfassungen nachrühmen können. Die Erfahrungen haben uns gelehrt, gegen die freiheitlichen Diktirungen von Verfassungen im höchsten Grade skeptisch zu sein. Auch die Verfassung Österreichs trieb von freiheitlichem Geiste, aber man weiß, daß die sie „regelnden Gesetze“ und deren Durchführung von diesem Geiste schließlich auch keine Spur übrigließen. Es ist bei der Verfassung der Tschechoslowakischen Republik nicht anders. Die Staatsbürger erhalten auch hier das Maß ihrer Freiheiten nicht durch die in hochgeschraubten Verheißungen redende Verfassung zugewiesen, sondern durch die sie „regelnden“, das heißt: aushebenden Sondergesetze.

Wenn daher der Entwurf der neuen rumänischen Verfassung allen Rumänen „ohne Unterschied der völkischen Abstammung, der Sprache oder der Religion gewährleistet“, daß sie sich der „Gewissensfreiheit, der Freiheit des Unterrichtes“ usw. „erfreuen“ können, so weiß man, daß dies Floskeln sind, denen keinerlei Bedeutung innewohnt. Auch die Forderung, daß „alle Vorrechte jedweder Nation, alle Klaffenmonopole, für immer im rumänischen Staate verboten“, werden höchstens auf naive Gemüter zu wirken vermögen. Aber die neue rumänische Verfassung soll auch Garantien enthalten, die nicht durch die sie „durchführenden“ Gesetze wegkassiert werden können und hier beginnt die Schmach der Verfasser des tschechoslowakischen Schutzgesetzes. Klipp und klar spricht es der Entwurf der Verfassung aus, daß „die Todesstrafe nicht wieder eingeführt wird, außer in den vom Militärrecht vorgesehenen Fällen in Kriegszeiten“. Die neue rumänische Verfassung gewährleistet auch die Freiheit der Presse, „wobei jeder für den Mißbrauch dieser Freiheit verantwortlich

Die Wahlen in Südslawien.

Kein Erfolg der Verächter des großserbischen Gedankens.

Nach den ersten, noch sehr ungenauen Angaben über den Wahlausgang im südslawischen Königreiche, wird sich die Regierung Basis in der neuen Skupschina gewiß noch größeren Schwierigkeiten gegenübersehen, als in der bisherigen, mag auch die Prager südslawische Gesandtschaft von einem „Sieg der koalitionsbildenden Parteien“ sprechen. „Staatsbehaltend“ sind im Regierungsjargon die Verteidiger der derzeit gültigen, im Wesen zentralistischen „Vidovan“-Verfassung, aber unbedingt kann diese nur auf die Passiv-Radikalen rechnen. Deren Erfolg mit vorläufig hundertzwanzig Mandaten ist gewiß ein respektabler, aber das Haus regieren kann die Partei darum noch nicht. Denn da dieses 312 Abgeordnete (bisher 420) zählen soll, verliert sie bloß über ein Drittel der Stimmen. Zwar haben die der Vidovan-Verfassung abgeneigten, mehr föderativ gesinnten radikalen Dissidenten unter Protis abgewirtschaftet, aber nicht besser erging es der „Selbstständigen Bauernpartei“, die zur Passivmehrheit zählten. Die zweite große Gruppe der brüchig gewordenen Koalition, die Demokraten, zieht mit mehr als fünfzig Mann in die Skupschina ein. Rindet sie sich mit den Passiv-Radikalen auf einer gemeinsamen Plattform, wäre ein Regieren im bisherigen Geiste möglich, doch viel Wahrscheinlichkeit ist dafür vorhanden. Vielmehr ist ja gerade das alte Parlament daran gescheitert, daß die zentralistische Idee nicht mehr bedingungslos auf den Demokraten Davidowic bauen durfte.

Noch mehr unwohllich sich der Horizont für die Verächter des großserbischen Gedankens durch den gewaltigen Sieg der Radik-Partei. Dieser Vorkämpfer der kroatischen Autonomie hat in seiner Heimat 65 Prozent aller Stimmen und 70 Mandate erobert, also trotzdem die Zahl der Abgeordneten beträchtlich „abgebaut“ wurde. Mandate dazu gewonnen, kurz, an ihm manifestiert sich so recht deutlich, daß die föderative Idee aufmarschiert und sich im Parlament, das Passiv nun nicht länger zu konsolidieren gedenkt, auswirken wird. Zugleich verkörpert Radie ein, freilich utopisches, soziales Programm, denn sein Ideal ist eine antimilitaristische und antibürokratische Bauernrepublik — Forderungen, denen die mit 11 Vertretern einzziehenden „Landwirte“ nicht allzu ferne stehen. Verstärkt wird das Gewicht der unbedingten Opposition durch die achtzehn Mann der muslimischen Linken und durch die acht Deutschen. Beide Parteien dürfen auf ihren Erfolg stolz sein, denn vor wenigen Tagen wagte noch die Regierung zu „beraten“, ob die „Minoritäten“ zu den Wahlen „zugelassen“ werden sollen, in den Wahllokalen wurden sie vernachlässigt, die Wahllokale wurden in Minoritätsggenden vielfach so angelegt, daß es physisch nur einem Bruchteil der Wähler möglich war, bei der Urne zu erscheinen, und neue „radikale“ Notäre erschwerten jede Wahlhandlung. All das rückt erst den Erfolg der unverföhlischen Opposition, die ein gutes Drittel Mandate errang, ins rechte Licht und stellt der Herrschaft Passiv ein schlechtes Horoskop.

ist in den durch das Strafgesetzbuch — welches aber in keinem Falle das Recht an und für sich aufheben darf — bestimmten Fällen“. Und weiter: „Kein Ausnahmsgesetz kann in der Materie geschaffen werden. Weder Zensur noch eine andere Präventiv-Maßnahme gegen irgendwelche Veröffentlichung darf geschaffen werden. Das Erscheinen von jedweder Veröffentlichung ist keiner vorherigen Ermächtigung irgendeiner Behörde unterworfen“. Schließlich heißt es über die Presse: „Die Presse wird nie dem Regime der Warnungen unterstellt werden. Keine Zeitung kann suspendiert oder eingekerkert“. Preßvergehen werden von Geschworenengerichten abgeurteilt“, ausgenommen sind Majestätsbeleidigungen und direkte Aufreizung zum Mord und Aufruhr.

Mit diesen konkreten Bestimmungen des Entwurfes der neuen rumänischen Verfassung vergleicht man die Drosselungsparagrafen des Schutzgesetzes! Es sei dabei nicht geleugnet,

Das vorläufige Wahlergebnis.

Belgrad, 19. März. Der Berichterstatter der „Prager Presse“ meldet seinem Blatte: Nach den letzten, allerdings nicht vollständigen und nicht definitiven Feststellungen der Wahlergebnisse haben errungen: Radikale 120 Mandate, Radikgruppe 70, Demokraten 53, Alerikale 22, muslimanische Linke 18, südbosnische Türken 11, Landwirte 11, Deutsche 8, Rumänen 1 und Republikaner 1 Mandat. Bisher blieben ohne Mandat, die Protis-Gruppe, die muslimanische Rechte, die Kroatische Vereinigung, die nationalen Banern und die Kommunisten.

Die letzten Ergebnisse.

Belgrad, 19. März. (Tsch. B.) Die gestern im ganzen Lande vorgenommenen Skupschinawahlen haben nach den bisher vorliegenden ziemlich vollkommenen Berichten an erster Stelle eine wesentliche Stärkung der vom radikalen Kabinett Passiv verfolgten antirevisionistischen Politik innerhalb des serbischen Volkstammes, gleichzeitig aber auch eine merklliche Stärkung der revisionistischen Politik bei den Kroaten, Slowenen und bosnischen Mohammedanern ergeben. Ein weiteres Charakteristikum des Wahlergebnisses ist die Massierung der Serben in der radikalen Partei, der Kroaten in der republikanischen Radikpartei, und der Slowenen in der Alerikalen Partei. Die von Stojan Protic unter den Serben vertretene revisionistische Politik, sowie der von Ljuba Stojanovic propagierte Republikanismus erzielten bei den Wahlen einen ähnelichen Misserfolg. Nicht einmal Protic, der sich sonst arden politischen Anschens erfreute, wurde ins neue Parlament gewählt. Die Mandate verteilten sich annähernd in folgender Weise: Antirevisionistische Radikale etwa 110 bis 120, Antirevisionistische Demokraten gegen 40, verschiedene antirevisionistische Dissidenten ungefähr 10, revisionistische Kroaten etwa 60, revisionistische Slowenen gegen 20, revisionistische Mohammedaner etwa 15, sonstige Revisionisten ungefähr 20, und Unbestimmte gegen 20. Aus dieser erst in zwei Tagen genau festzustellenden Mandatsverteilung ergibt sich, daß die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Verfassungsregimes durch das Wahlergebnis, wenn nicht gerade erleichtert, so doch schon als gesichert betrachtet werden kann. Durch die wesentliche Stärkung der Radikalen ist es Passiv ermächtigt, mit größerem Nachdruck die antirevisionistische Politik zu verfolgen, weil er im Falle eines ernstlichen Widerstandes der Opposition durch Vornahme neuerlicher Wahlen die Stellung der radikalen Partei noch mehr festigen könnte. Aus diesem Grunde dürfte sich die neue Skupschina arbeitsfähig erweisen. Bemerkenswert ist, daß bei den Wahlen die kommunistischen Einflüsse nahezu gar nicht mehr fühlbar waren und daß sowohl in Serbien wie in Bosnien die Agrarpartei nur ganz unbedeutende Erfolge aufzuweisen hat. Von den Minoritäten erlangten die Deutschen im Banat und der Banatska mehrere Mandate, voransichtlich insgesamt 5. Mit Ausnahme ganz unbedeutender lokaler Zwischenfälle in Agrum und Ueslib verließen die Wahlen in vollster Ruhe und Ordnung.

Der Fall Caillaux in Ungarn.

Von Sigmund Rusfi.

Obwohl Horthy und seine Vollzugsorgane in der ganzen Welt Schule gemacht haben und sie heute, was ihre politischen Kampfmethoden betrifft, bei weitem nicht so vereinsamt dastehen, wie noch vor einem Jahre: bietet das öffentliche Leben Horthy-Ungarns doch manche Rägel, die ihresgleichen nirgends finden. Dem Auslande gegenüber wird immer verkündet, daß die konterrevolutionäre Herrschaft fest begründet sei, daß, wie der Fachausdruck für diesen Schwindel heißt, Ungarn sich auf dem Wege der vollkommenen Konsolidierung befinde, die Politik und noch mehr die Verwaltung im Inneren arbeite aber, als wenn die Mächte des Unsturzes in einem Loschlagen in jedem Augenblick fertig und fähig wären. Es vergeht keine Woche, daß nicht irgend eine große, das ganze Land umspannende kommunistische Verschwörung entdeckt würde, mit dem Ergebnis, daß eine Anzahl von unschuldigen Arbeitern auf Monate ins Gefängnis geworfen und dann zum großen Teil sogar von den Horthy-Richtern freigesprochen werden müssen. So ist in den letzten Tagen in Neupest eine solche Verschwörung entdeckt worden, die es der Horthy-Politik möglich machte, den geweihten Generalstabchef der roten Armee, den Obersten Aurel Stromfeld, der seine zweijährige Kerkerstrafe abgebißt hat und als beladener Privatbeamter und als organisierter sozialdemokratischer Partei, genosse in Budapest lebte, wieder zu verhaften. Die, die innere Geschichte der ungarischen Rätediktatur kennen (und die Horthy-Justiz kennen sie genau), wissen es, daß Stromfeld niemals ein Kommunist, wohl aber seit dem Umsturz ein überzeugter Sozialdemokrat war und daß er während der ganzen Rätediktatur mit den Kommunisten einen schweren inneren Kampf zu führen hatte. Er ist aber ein Dorn in den Augen der Kriegerpartei um Horthy, weil sie es ihm nicht verzeihen können, daß er, der die tschechoslowakische Armee zum Rückzug aus der Slowakei gezwungen hat, kein Renegat geworden ist und aus diesem Grunde nicht in den Generalstab der Horthy-Armee aufgenommen werden konnte, wo er mit den anderen abtrünnigen Offizieren zusammen, aber durch seine Fähigkeiten, seine Sachkenntnisse und Erfahrungen sie weit überragend, die militärischen Pläne zur Wiedereroberung der Slowakei vorbereiten hätte. Da Stromfeld sich sogar in den Tagen des blutigen Terrors unbedeutend erwies, die Ueberfahrt von dem roten Ufer auf das weiße nicht verweigerte, sondern verschmähte und nicht der Organisator eines neuen Krieges gegen die Tschechoslowakei werden wollte und konnte, sitzt er heute statt in den Büros des Generalstabes, im Gefängnis. Seine Kollegen, die durch kein Gepäd von Gesinnung belastet waren, so der General Karl Zoos, der Generalstabchef nach Stromfeld, Nusier und andere stolzieren heute in der Uniform der Horthy-Armee herum, während Stromfeld als „Kommunist“ wieder das Sträflingskleid tragen muß.

Dieselbe Zweipaltigkeit, ein Ausdruck der vollkommenen Fäulnis und Korruption der konterrevolutionären Gesellschaft zeigt sich in ihrem Verhältnis zur ersten, zur Oktoberrevolution und zur Königsfrage. Graf Bethlen erklärte, daß er jede Propaganda gegen das Königtum mit den brutalsten Nachmitteln unterdrücken und verhindern wird. Zur Bekräftigung dieser seiner in der Nationalversammlung abgegebenen Erklärung ließ er den Präsidenten der republikanischen Partei, Emerich Beer, zu zwei Jahren schweren Kerkers verurteilen, weil er gegen die monarchistische Staatsform eine Rede gehalten hatte. Dies wird von demselben Mann getan, der den nach seiner Auffassung ouchelichen König, als er nach Ungarn kam, mit Kanonen und Maschinengewehren beschickte, ihn anfangen nehmen und dann das Ethronumarscheln beschließen ließ. Der Mann, der den „Leitenden Herrscher“ mit blauen Hosen einführte, bietet die Nachmittage des Staates gegen die einen auf, die ihn und die Staatsform, die er repräsentiert, mit politischen Argumenten bekämpfen. Das ist allerdings ein ungewollter, aber um so einschüchternder Beweis dafür, wie es um die antischöburbische Stimmung und Politik des Grafen Bethlen bestellt ist: er weiß, daß es dem republikanischen Politiker um diese Frage ernst ist, während er nur unter dem mächtigen Druck des auswärtigen Geaners gehandelt hat und in dem Augenblick, wo er diesen Druck nicht mehr zu bestehen hat, wieder das schwarze Banner hissen wird. Die Verfassung des republikanischen Gedankens ist die Brücke, die von dem Grafen Bethlen zu der Partei der Habsburger hinüberführt. Die un-

garische Regierung wird keinen Krieg gegen ihre Nachbarn führen, solange es die internationalen Machtverhältnisse nicht erlauben, und sie wird auch keinen Subburgischen Staatsstreik machen, solange eben diese Kräfte vorhanden und wirksam sind. Aber sie richtet alle ihre Bestrebungen im Ausland und ihre ganzen Kräfte im Inneren darauf, um eine in diesem Sinne ihr günstige Wendung herbeizuführen. Aris und monarchistische Restauration sind noch immer die Endziele der vom Grafen Bethlen repräsentierten Phase der ungarischen Kontrevolution.

Aus diesen Gründen fürchtet diese Politik vielmehr den sogenannten Extremismus als den Kommunismus. Den Kommunismus fürchtet sie durch ihre Spitzel und ihre Agenten provocateurs. Aber die Furcht vor der Oktoberrevolution, die durch die Regierung Karolisi vertreten wurde, ist ihr tief in allen Gliedern. Darum ließ sie den Schandbrock gegen den Grafen Karolisi abführen und ihn von ihren feilen Richtern als ein Hochverräter verurteilen. Die unehrerlicheren Güter Karolisi, nur der unbedeutende Besitz beträgt 40.000 Kronen, doch des besten Bodens, reizen natürlich mächtig den Appetit der weißen Räuberbanden. Aber daneben ging auch eine politische Erwägung: der Mann, der als der Präsident der ungarischen Republik die Bodenverteilung auf die Tagesordnung stellte, und um seinen Ernst zu beweisen, mit der Aufteilung seiner eigenen Güter den Anfang machte, lebt schon heute in dem Bewußtsein der magyarischen Bauernschaft als der zweite Kossuth. Um seiner wachsenden Popularität entgegenzutreten unternahm die Regierung den Versuch, ihn als den nationalen Verräter hinzustellen und so von den sozialen Instinkten der Bauernschaft an ihre nationalitistischen zu apellieren. Wenn auch ein Urteil gesprochen wurde, das ihn als den Urheber der Katastrophe Ungarns hinstellt, kann dieser Versuch als mißlungen betrachtet werden. Denn das Urteil konnte als Beweise von Karolisi Hochverrat nichts anderes anführen, als daß er während des Krieges eine passivistische Politik machte, dann daß er für das allgemeine Wahlrecht kämpfte und daß er endlich als Ministerpräsident mit dem französischen General Franchet d'Espèray nach dem Zusammenbruch besondere Waffenstillstandsverhandlungen führte, wohl gemerkt, um von dem kommandierenden General der Balkanfront der Alliierten günstigere Bedingungen für Ungarn zu erwirken, als sie vom General Diaz für die ganze ehemalige Monarchie zugestanden wurden! Karolisi wurde von den Richtern des Horthy deswegen des Hochverrates schuldig gesprochen, von den Richtern desselben Horthy, der vier Tage vor dem Ausbruch der Revolution in Budapest die ganze Flotte dem südslawischen Staate auslieferte! Um die ganze Niedertracht dieses Vorgehens zu begreifen, muß man noch wissen, daß in dem Kabinett Bethlen derselbe Stefan Szabo de Nagyatod als Minister sitzt, der in der Regierung Karolisi bis zum Ausbruch der Diktatur Minister war, also dieselbe politische Verantwortung zu tragen hat, wie Karolisi selbst, daß Graf Bethlen selbst während der Diktatur sich für die Oktoberrevolution ausgesprochen hatte und als der Führer der weißen Emigranten in Wien große Anstrengungen machte, um mit Hilfe der Entente die demokratische Republik in Ungarn wiederherzustellen. Eine ganze Anzahl von Mitgliedern der Karolisi-Regierung leben unbehelligt in Ungarn, der Sozialdemokrat Peidl ist Mitglied der Nationalversammlung und es wird gegen sie nicht vorgegangen. Die bürgerlichen Mitglieder der Karolisi-Regierung richteten an Bethlen die offene Aufforderung, gegen sie das Verfahren einzuleiten zu lassen. Die Karolisi nahestehenden Mitglieder der Nationalversammlung unterbreiteten einen Beschlusstrat, in dem die Regierung Bethlen aufgefordert wird, gegen alle Mitglieder der Regierung Karolisi den Hochverratsprozeß einzuleiten: Graf Bethlen spricht sich gegen diesen Antrag aus und er läßt ihn durch seine Majorität niederstimmen. Dies alles, nur seinen Ministerkollegen Szabo de Nagyatod, den Renegaten, zu schützen, der in einen solchen Prozeß unbedingt verwickelt werden würde. Dies alles hindert ihn aber nicht, die Verfolgung, die er im Parlament verhindert, durch seine Richter gegen Karolisi zu Ende führen zu lassen! Allerdings sind die sozialen Gründe dieser so unelischen Behandlung leicht festzustellen: der gewesene Graf Karolisi ist der Träger des Gedankens der Kararevolution und muß als solcher geädert werden; der Bauernführer Szabo hat die aufstrebenden Massen der Bauernschaft mit Weisheit und Aderbrut in das konterrvolutionäre Lager hinübergerollt und ist eine der wichtigsten Säulen des Gesamtregiments, muß also erhalten und gefördert werden.

Der Prozeß Karolisi hat aber auch eine internationale Seite. Der Friedensvertrag von Trianon (Paragraf 76) bestimmt, daß niemand wegen seiner Haltung im Kriege verfolgt oder bestraft werden darf; seine Verurteilung erfolgte aber auf Grund eines im Jahre 1916 erlassenen Kriegesgesetzes, ist also eine klarer Verletzung des Friedensvertrages. Im englischen Unterhaus brachte ein Mitglied der Arbeiterpartei eine Interpellation ein, die von der Regierung bisher nicht beantwortet wurde. Poincaré, durch die Liga der Menschenrechte auf diese Verfolgung aufmerksam gemacht, erklärte, daß er die Prüfung der Frage dem Vorkommnisse vorlegen werde. Die Antwort der ungarischen Regierung auf diese Stellungnahme des französischen Ministerpräsidenten war, daß sie das Gericht anwie, alle Anträge auf die Erbringung des Wahrheitsbeweises abzulehnen und das Urteil zu verkünden.

Sehr groß scheint der Eifer des Herrn Poincaré über der Respekt der ungarischen Regierung vor ihm nicht zu sein. Man hat aber nichts darüber vernommen, daß die Regierungen der Kleinen Entente, die ja Ungarn gewissermaßen als ihre diplomatische Domäne betrachten, gegen diese Verletzung des Friedensvertrages Einsprüche erhoben hätten. Würde es sich nur darum handeln, daß einer der reichsten Männer Ungarns seines unermesslichen Vermögens beraubt wird, als Strafe dafür, daß er sich auf Seite des Volkes stellte und nun von der besitzenden Klasse wegen dieses Frevels exemplarisch bestraft wird: dann wäre dies auch eine Anwesenheit über die die demokratischen und proletarischen Kreise nicht zur Tagesordnung übergeben dürften. Hat die besitzende Klasse ein Interesse daran, Männer, die so handeln, zu bestrafen und damit andere abzuschrecken, so ist es ein demokratisches und soziales Interesse der besitzenden Klassen, solche Männer zu schützen und ihnen in ihrer Bedrängnis beizustehen. Aber in diesem Falle handelt es sich gar nicht darum. Denn Karolisi hat in einem Testament und auch öffentlich auf sein Vermögen zu Gunsten des ungarischen Volkes verzichtet: er will davon für sich und für seine Familie nur soviel behalten, als zu der Lebensführung eines bescheidenen geistigen Arbeiters

notwendig ist, und hat die Verfügung getroffen, daß seine Kinder nicht zu Aristokraten, sondern zu arbeitenden Menschen erzogen werden sollen. Er hat verfügt, daß seine Güter aufgeteilt, daß aus der Ablösungssumme in seinem Vidovester Palais eine Volks- und Arbeiter-Universität errichtet und erhalten werde, daß in dem Lande überall Bauernhochschulen errichtet werden, um die Bildung der Bauernschaft zu heben. Es ist also wirkliches Volksgut, das durch dieses Schandurteil dem ungarischen Volk entzogen werden soll. Das dem arbeitenden Volke zu erhalten und es ihm zurückzugeben, wäre schon eine Sache, die der Anstrengung nicht nur des magyarischen Volkes, sondern auch des internationalen Proletariats wert wäre! Wenn eine reaktionäre Regierung sich dazu erwidern würde, die Stiftungen Ernest Solovans dem besitzenden Proletariat zu rauben, eine ein Schrei der Entörung und des Protestes durch die ganze proletarische Welt. Das Verbrechen, das an Karolisi und an dem ungarischen Volke begangen wurde, ist dadurch nicht kleiner geworden, daß das Volk übersehen, um das es sich handelt viel größer als die Stiftungen Solovans ist, noch dadurch, daß man dem hochbetrienen Mann nicht nur sein Vermögen, sondern auch seine Ehre rauben will!

lösen, so zu bestimmen, daß die Provolationen der Unternehmer nicht mehr möglich sind. Um diese Frage wird eigentlich auch die Regierung und auch die Koalitionsparteien nicht herumkommen.

In der am 17. März stattgefundenen Reichskonferenz der Bergarbeiter wurde neuerlich zum Ausdruck gebracht, daß an der derzeitigen Arbeitsdauer, und zwar an der 46-stündigen Arbeitswoche, nichts geändert werden kann.

Die Bergarbeiter lassen sich die 46-stündige Arbeitswoche weder abhandeln, noch abkürzen.

Wenn also die Regierung und die Koalitionsparteien Gewicht darauf legen, daß diese Frage vereinigt werden soll, wird es notwendig sein, die Frage ehestens so zu regeln, daß geleglich die 46-stündige Arbeitswoche für die Bergarbeiter festgelegt wird. Dann würden auch die ständigen Ueberfälle der Kohlenbarone aufhören. Wir legen daher ganz besonderes Gewicht darauf, vom Herrn Minister für öffentliche Arbeiten zu erfahren, wie sich die Regierung zu dieser Sache stellt. Insbesondere legen wir Gewicht darauf, daß er in der Richtung wirkt,

daß die 46-stündige Arbeitswoche rasch Gesetz wird.

Nun gibt es ja verschiedene Leute, insbesondere unter den Unternehmern, aber auch unter den bürgerlichen Parteien, die sich ganz besonders über die sogenannte „Warschauer Schicht“ lustig machen, — so wird die samstägige Sechsstundenschicht in Ostrau benannt. Mag man das Kind taufen wie man will, es mag zutreffend sein, daß diese Sechsstundenschicht am Samstag in Mähr.-Ostrau zunächst wegen der damaligen Volksabstimmung eingeführt worden ist. Aber es ist sicherlich kein Unglück, wenn man einmal aus irgendwelchen politischen Motiven heraus auch ein bißchen Sozialpolitik getrieben hat, dieses Stück sozialpolitischen Fortschrittes bestehen zu lassen. Es gibt auch Staaten, wo die Arbeitszeit wesentlich kürzer ist als die in der Tschechoslowakei. Wir können nicht behaupten, daß wir die kürzeste Arbeitszeit haben. Im englischen Bergbau haben die untertags beschäftigten Arbeiter eine siebenstündige Schicht, allerdings von Bank zu Bank, sodas man eigentlich sagen kann, daß die gesamte Wochenschicht beiläufig 43 1/2 Stunden beträgt. Auch die Obertagsarbeiter haben dort eine wesentlich kürzere Schicht, als dies bei uns der Fall ist. Wir sind also durchaus nicht an erster Stelle und es ist überflüssig, sich über die sogenannte „Warschauer Schicht“ lustig zu machen.

Auf dem Gebiete der Lohnfrage muß festgestellt werden, daß die Produktivität seit dem Umsturz um 32 Prozent gestiegen ist, die Lohnkosten dagegen um 51 Prozent gefallen sind.

Diese Zahlen zeigen, welche Opfer die Bergarbeiter gebracht haben, und es ist also auch in dieser Beziehung ausgeschlossen, daß die Arbeiter in der Lage sein könnten, mit sich über die Herabsetzung der Löhne reden zu lassen. Wenn die Regierung will, daß die Produktivität der Industrie gehoben wird, so muß sie dafür sorgen, daß die Frachtarife und die Kohlensteuer herabgesetzt werden. Sie steht vor der Aufgabe, dafür zu sorgen, daß der Lohnkampf so ausgerollt wird, daß die Arbeiter nicht von den Unternehmern ausgeplündert werden. (Vehafter Beifall.)

Arbeitsminister Erbn

antwortet auf die beiden Dringlichkeitsinterpellationen. Er erklärt, daß die Regierung den Arbeitsverhältnissen in den Kohlenrevieren die größte Aufmerksamkeit zuwendet und ihre große Bedeutung anerkennt. Auch im gegenwärtigen Streite wurden durch ihre Vermittlung die Verhandlungen noch vor Streikbeginn eröffnet, und zwar in Mähr.-Ostrau selbst. Am Freitag, den 16. März wurden die beteiligten Parteien aus Mähr.-Ostrau ins Ministerium für öffentliche Arbeiten geladen, wo die Verhandlungen fortgesetzt wurden. Am Samstag, den 17. März wurden auch die Vertreter der koalisierten Bergarbeiterverbände zu den Verhandlungen zugezogen. Im Laufe der Verhandlungen haben sich die Standpunkte der beiden beteiligten Parteien bedeutend genähert und eine Reihe von Mißverständnissen wurde aufgehellt, sodas nach der Ueberzeugung des Ministers die Grundlagen für eine Einigung gelegt sind. Da mit Rücksicht auf die Konferenz der Ostrauer Bergleute die Verhandlungen Samstag abends unterbrochen wurden, werden sie heute Montag um halb 5 Uhr nachmittags fortgesetzt. Die Regierung ist sich dessen bewußt, daß die Beendigung dieses Streites im allgemeinen Interesse erforderlich ist und sie wird alles tun, um ihn zu einem befriedigenden und raschen Ende zu führen.

Die Erklärung des Ministers wurde von der Koalition zur Kenntnis genommen und die Sitzung geschlossen.

Feier der 1848-Revolution in Berlin.

Berlin, 19. März. (Eigenbericht.) Gestern, am 18. März, feierte die Berliner Arbeiterschaft in einer eindrucksvollen Rundgebung die 75-jährige Wiederkehr der deutschen Revolution. In langen Zügen bewegten sich die Arbeiter zum Friedriehshain, wo die Würgerfallen begraben liegen. An den Gräbern wurden unzählige Kränze mit Widmungen niedergelegt. Einzelne Betriebe und die Gewerkschaften hatten besondere Delegationen entsandt. Um die Mittagstunden nahmen auch Kommunisten an den Feiern teil. Später fanden unter freiem Himmel große Versammlungen statt. Die Redner erklärten, daß die Arbeiterschaft das Vermächtnis der Revolution schätze und ihr Gedenken hochhalte.

Sessionschluß im Senat.

Nach Erledigung der Tagesordnung, der das Haus kein sonderliches Interesse entgegenbrachte, wurde in der geistigen Schlußsitzung der Session des Senates der Interpellation unserer Genossen über die ständige Beunruhigung, die die Ostrauer Kohlenbarone im Wirtschaftsleben hervorruhen, die Dringlichkeit zuerkannt und auch zugleich die Debatte eröffnet. Nachfolgend der Sitzungsbericht:

156. Sitzung. Präsident Prázel eröffnet die Sitzung um halb 11 Uhr vormittags. Nach der debattelosen Erledigung des Goldulafengesetzes und der zweiten Lesung des Schutzgesetzes, sowie des Gesetzes über die Errichtung des Staatsgerichtshofes gelangt das Haus zum nächsten Punkt der Tagesordnung, dem

Telegraphengesetz

Nach dem Berichterstatter Senator Dr. Brabec spricht hierzu als erster Debatteredner Senator Genosse Polach

Er weist darauf hin, daß nach dem Motivenbericht das Gesetz die Adressierung und Uniformierung des Telegraphenrechtes bezwecke. Jene Paragrafen aber, welche die politische Seite behandeln, machen deutlich, daß dieses Gesetz die staatsbürgerlichen Freiheiten mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Interessen der Mehrheitsparteien droffelt, und so eine würdige Ergänzung des Schutzgesetzes ist. Daß dies nicht eine allgemeine Behauptung ist, zeigen deutlich die Paragrafen 10, 17, 18 und 21, welche dieselbe Zweideutigkeit aufweisen, die sich auch im Schutzgesetz zeigt.

Es ist also die Formulierung des Gesetzes geeignet, über die wahren Motive und den wahren Charakter des Gesetzes die Deffentlichkeit täuschen zu wollen. Dieses Gesetz werden Sie natürlich annehmen, so wie Sie die anderen Gesetze angenommen haben. Es ist vielleicht nicht unmöglich, daß sich auch in diesem Falle der Referent, genau so wie der Referent der Schutzgesetze zu dem psychologisch interessanten Ausdruck versteinen wird, daß er mit Begeisterung für dieses Gesetz einträte. Es ist dies jene Begeisterung, zu deren psychologischen Erklärung an den Wanderer zu denken ist, der durch den Wald geht und laut singt, um seine eigene Furcht zu verbergen. Für dieses Gesetz werden die Koalitionsparteien stimmen mit gutem Gewissen und mit bester Ueberzeugung, wie ich überzeugt bin, die bürgerlichen Parteien. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß dieses Gesetz, sowie alle anderen Schutzgesetze, dem Interesse der bürgerlichen Klasse entspricht. Die tschechischen sozialistischen Parteien werden aus jener Verblendung heraus, mit der sie die augenblickliche Konjunktur für das wichtigste halten, für das Gesetz stimmen, blind gegenüber den ungeheuren Gefahren, die dieses Gesetz gegen sie bedeutet. Wir wissen, daß wir nicht verhindern können, daß sie auch dieses Gesetz annehmen, aber wie bei den anderen Gesetzen, die in diesen Komplex der Gesetzgebung hineingehören, erheben wir auch hier unsere warnende Stimme.

Wir folgen unserem sozialistischen und freihellen Gewissen, wenn wir auch gegen dieses Gesetz stimmen, das in Wirklichkeit nichts anderes ist, als ein würdiger Abschluß jener Gesetzgebung, gegen die wir im Namen des Sozialismus und der staatsbürgerlichen Freiheit protestieren. (Vehafter Beifall.)

Senator Pázel (tschechischer Sozialist) erklärt sich mit dem Gesetze einverstanden.

Senator Dr. Spiegel (Deutsch-demokratische Freiheitspartei), sagt, daß das Gesetz sich würdig an die zuletzt verhandelten Schutzgesetze reihe. Er wendet sich vor allem gegen die Bestimmungen des § 10, da dieser dahin ausgelegt werden müsse, daß es der Post- und Telegraphenverwaltung überlassen bleibe, in ihrem Sinne aus

Gründen des öffentlichen Interesses einfach den Telegraphenverkehr ganz oder teilweise einzustellen. Das Gesetz sei unannehmbar für jeden, der irgendein Gefühl für Demokratie und Freiheit hat.

Um 12 Uhr mittags wird die Sitzung unterbrochen und um 1 Uhr 30 Minuten nachmittags wieder aufgenommen. Nach dem Schlußwort des Berichterstatters Senator Dr. Brabec wird das Telegraphengesetz unverändert in erster Lesung angenommen.

Das Haus beschließt, über die Dringlichkeitsinterpellation der Senatoren Genossen Jarolim und Dr. Heller über den

Ostrauer Bergarbeiterstreik

sowie über die die gleiche Angelegenheit betreffende Interpellation der tschechischen Sozialdemokraten die Debatte zu eröffnen.

Senator Dr. Witt (tschechischer Sozialdemokrat) erklärt, daß es sich nicht mehr um einen sozialen Kampf, der auf ein bestimmtes Revier beschränkt wäre, handelt, sondern um einen Kampf, der auf den gesamten Bergbau der Republik sich auszubreiten im Begriffe ist. Redner lehnt die Behauptung der bürgerlichen Presse, daß der Streikgrund in der unruhigen Veranlagung der Ostrauer Bergarbeiterverfassung liege, ab und erklärt, daß die Bergarbeiter weitere Opfer nicht mehr bringen können. Es ist auch nötig, daß die Regierung die Kohlensteuer völlig aufhebt.

Senator Genosse Jarolim

begründet in ausführlicher Weise die von ihm eingebrachte Interpellation und sagt, die Interpellation sei eingebracht worden, um zu erfahren, was der Minister für öffentliche Arbeiten über

die ständigen Provolationen der Mährisch-Ostrauer Bergwerksbesitzer

zu sagen habe. Diese Herausforderungen überschreiten jedes Maß, sodas die Zustände, wie sie dormalen herrschen, auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden können. Im Verlauf von 14 Monaten kam es im Mährisch-Ostrauer Steinkohlenrevier bereits dreimal zu Revierstreiks. Diese Revierstreiks haben mehr oder weniger auch die Bergarbeiter in den anderen Revieren mit in den Aufruhr gezogen, sodas es in diesem Staate auch einmal zum Generallstreik aller Bergarbeiter kam, und zwar deshalb, weil die Vorgänge im Ostrau-Karwiner Revier mit Notwendigkeit auch die Bergarbeiter der anderen Reviere zum Widerstand herausfordern müssen. So geschah dies auch anlässlich des Streiks, der am 12. März d. J. im Ostrau-Karwiner Revier ausgebrochen ist. Warum die Mährisch-Ostrauer Kohlenbarone den jetzigen Streik provoziert haben, konnte man schon bei den verschiedenen Anlässen, insbesondere bei den letzten Verhandlungen, wahrnehmen. Bei diesen Verhandlungen hat einer der Mährisch-Ostrauer Generaldirektoren erklärt, daß die Industriellen den Standpunkt vertreten, daß die hohen Löhne der Bergarbeiter unter allen Umständen abgebaut werden müssen und daß die gegenwärtige Arbeitsdauer, insbesondere die samstägige Sechsstundenschicht, unter allen Umständen verschwinden müsse. Ein anderer Vertreter der Unternehmer hat bei diesem Anlasse den Faden fortgesponnen; er hat gesagt: „Wenn die Arbeiter Gewicht darauf legen, daß in bezug auf die samstägige Sechsstundenschicht irgend etwas geschieht, so mögen sie sich bemühen, im Gesetzgebungswege die Sache in Angriff zu nehmen. Ich bin aber überzeugt und dessen sicher, daß es in der Nationalversammlung, außer den sozialistischen Parteien, keine andere Partei geben wird, die für dieses Gesetz stimmen wird.“ Das ist sicherlich eine sehr bedenkliche Sache, da wir doch eine Regierung haben, die aus fünf sozialistischen Ministern besteht. Da kann ein Unternehmersekretär schon vier vorhinein sagen, daß diese Koalition, daß diese Regierung nicht dazu zu haben sein wird, die Frage der 46-stündigen Arbeitswoche so zu

Inland.

Die Volkszählung.

Das statistische Staatsamt veröffentlicht in der letzten Nummer seiner „Mitteilungen“ die Ergebnisse der Volkszählung im 20. Gau (Slowakei) und in Karpathoruthland und gibt zu gleicher Zeit eine Uebersicht über die Ergebnisse der Volkszählung, in der ganzen tschechoslowakischen Republik.

Am 20. Gau wurden bei der Volkszählung am 15. Februar 1921 insgesamt 599.643 Personen gezählt, von denen 356.322 als „Tschechoslowaken“ bezeichnet wurden. Konsequenterweise nimmt das statistische Staatsamt nicht einmal bei der Zählung der Bevölkerung in der Slowakei die notwendige Unterscheidung zwischen Tschechen und Slowaken vor, so daß man also nie erfährt, wieviel Köpfe eigentlich die drittgrößte Nation in diesem Staate zählt. Die übrige Bevölkerung dieses slowakischen Gau'es setzt sich aus etwa 100.000 Magyaren, 75.000 Russen, 31.000 Nationaljuden und 18.000 Deutschen zusammen. In Karpathoruthland wurden insgesamt 604.745 Einwohner gezählt, von denen etwa 373.000 Russen (Großrussen, Ukrainer und Karpathorussen) sind, ferner etwa 104.000 Magyaren, 80.000 Nationaljuden, 20.000 „Tschechoslowaken“ und 10.000 Deutsche.

Nach der tschechischen Volkszählung hat die Zahl der „Tschechoslowaken“ im Gebiete der Republik seit der Volkszählung vom Jahre 1911 um 734.000 Köpfe zugenommen, die Zahl der Deutschen um 627.000, die Zahl der Magyaren um 324.000 abgenommen. Zur jüdischen Nationalität bekannten sich bei der Volkszählung 1921 um 180.000 Personen mehr als bei der letzten österreichischen Volkszählung.

Von den 13.611.349 Einwohnern der tschechoslowakischen Republik entfielen auf Böhmen 6.670.582, auf Mähren 2.662.884, auf Schlesien 672.268, auf die Slowakei 3.000.870. Deutscher Nationalität leben in Böhmen 2.173.233, in Mähren 547.605, in Schlesien 252.365, in der Slowakei 139.902 und in Karpathoruthland 10.337.

Aus der Uebersicht über die Bevölkerung der einzelnen Gaue heben wir folgendes hervor: Die größten Gaue sind Prag mit über einer Million Einwohner, Olmütz mit 804.000, Laun, Pilsen, Brünn, Amstambul und Bratislava mit über 700.000, die Hauptstadt Prag, Mährisch-Ostau und Karpathoruthland mit über 600.000, Böhmisches-Weiß, Budweis, Kofice, Marienbad und Zwettl mit über 500.000 Einwohnern. Von 536.000 Einwohnern des Gau'es Karlsbad sind 505.000 Deutsche, von 566.000 Einwohnern des Gau'es Böhmisches-Weiß 489.000 Deutsche. In folgenden von den mit so großartiger geometrischer Kunst hergestellten Gaueu besitzen die Deutschen starke Minoritäten: in Laun mit über 308.000, in Olmütz mit 295.000, in Pilsen mit 249.000, in Jungbunzlau mit 224.000, in Mähr.-Ostau mit 214.000, in Budweis mit 154.000, in Königgrätz mit 141.000, in Brünn mit 135.000 und in Jglau mit 126.000.

Neue Brüder — die Herren Kommunisten. Es geschieht nichts Empörendes in diesem Staate, das die Kommunisten, vor allem die Reichsberger, nicht dazu benötigen würden, um daraus Kapital gegen die Sozialdemokraten zu schlagen. Es muß nicht immer gleich ein Schutzgesetz sein, das den Kommunisten gerade gut genug ist, sich an uns zu reiben, sie kommen auch mit geringfügigeren Anlässen aus. Zum Beispiel: die tschechoslowakische Gesandtschaft in Berlin hat der kommunistischen Führerin Lára Retkin über Weisung des Prager Außenministeriums das Einreisevisum nach Reichenberg verweigert, wo sie in der Marx-Gedenkfeier hätte sprechen sollen. Diese Maßnahme der Prager Regierung ist empörend und wir sind eines Sinnes mit der kommunistischen Arbeiterschaft, wenn sie sich diese völlig unbegründeten, selbstherrlichen und brutalen Polizeimethoden nicht bieten lassen. Wo aber, so wird jeder Vorurteilstreue und rechtlich Denkende fragen, wo gibt diese Ausweitung der Retkin den Kommunisten Gelegenheit, über die deutschen Sozialdemokraten herzufallen? Ja, man muß eben die Stempellosigkeit eines „Vorwärts“-Redakteurs besitzen, um auch bei diesem Anlasse nicht nur die Sozialdemokraten anzuweisen, sondern sich auch sofort ein niedliches Demagogonchen zu leisten. Der „Vorwärts“ stellt nämlich an drei Stellen seiner Sonntagsnummer, in der er gegen das Einreiseverbot für die Retkin protestiert, fest, daß „Sozialdemokraten aus Oesterreich ungeschoren im Lande herumreisen“. Auf diese Weise erzielt der „Vorwärts“ die Nebenwirkung, deren er sich doch bewußt sein mußte, daß die tschechoslowakischen Behörden auch auf die Sozialdemokraten aufmerksam werden, die da als Fremde den Geist der Revolution ins Land tragen. Daß die Retkin nicht in Reichenberg sprechen konnte, ist vom Standpunkte der Kommunisten sicherlich bedauerenswert. Was aber acht es sie an, daß Max Adler sein Visum erhielt und darum in den Köpfen der sozialdemokratischen Arbeiter den Gedanken des Klassenkampfes vertiefen konnte? Ihn stellt der „Vorwärts“ der Retkin als den „Reiserahiner“ der Wiener Pseudomarxisten“ gegenüber, der „den Revolutionär Marx zu einem imposanten philosophischen Wummelgreis uminterpretieren“ unternahm. Wenn die Reichsberger kommunistischen Führer die von ihnen Geführten noch nicht um den letzten Rest von Anstand, Ehre und selbständigem Den-

England und Italien für Verständigung?

Belgien gegen ein weiteres Abdrücken von England in der Ruhrfrage.

Berlin, 19. März. (Eigenbericht.) Der „Peuple“, das Blatt der belgischen Sozialdemokratie, schreibt, daß er aus verschiedenen Quellen wisse, daß nicht nur England und Italien Schritte unternommen haben, um die Ziele Belgiens und Frankreichs kennen zu lernen, sondern, daß auch die belgischen Minister mit Nachdruck bei Poincaré die Bedenken geltend machen, die Belgien gegen ein weiteres Abdrücken von England hege. Belgien könne auf keinen Fall die Gefahren einer Isolierung auf sich nehmen. Man begrüße es, daß in England die öffentliche Meinung der Regierung immer mehr zusehe und hoffe, daß dadurch die eigene Haltung gestärkt werde.

Neue scharfe Maßnahmen.

69 Eisenbahnerfamilien werden die Dienstwohnungen geraubt.

Berlin, 19. März. (Eigenbericht.) Die Erschießung eines französischen Soldaten in Essen, die den Deutschen zur Last gelegt wird, hat neue scharfe Maßnahmen, u. a. auch die Festnahme von Geiseln zur Folge gehabt. — In Duisburg haben die Franzosen 69 Eisenbahnerfamilien die Dienstwohnungen geraubt. Die Stadt hat einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, den Eisenbahnern Unterkunft zu gewähren. — Das Eisenbahnquell bei Trimersheim hat, wie man verlautet, 60 französischen Soldaten das Leben gekostet.

„Widerstand bis zum äußersten!“

Eine Kundmachung von 1500 Delegierten aus dem Ruhrgebiet in Berlin.

Berlin, 19. März. (Eigenbericht.) Gestern fand unter Gegenwart des Reichspräsidenten Ebert eine große Kundgebung von 1500 Delegierten aus dem Ruhrgebiet statt. Es wurde betont, daß die Bevölkerung zum Widerstand bis zum äußersten bereit ist und die wirtschaftliche Not dürfe nicht so aufgefaßt werden, als ob Deutschland zur Kapitulation bereit wäre. Die Franzosen haben keinerlei Erfolge zu verzeichnen. Auf das störende Treiben der nationalwirtschaftlichen Elemente wurde besonders aufmerksam gemacht.

Bankdirektoren als Geiseln.

Böhm, 19. März. (Wolff.) Nach dem Reichstagsabgeordneten Quack, dem Reichsbankdirektor Pöschel und dem Landgerichtspräsidenten Bolmer sind von den Franzosen im Laufe des heutigen Vormittags folgende Personen in Essen als Geiseln verhaftet worden: Direktor Praub, von der Diskontogesellschaft, Direktor Kamann, von der Mitteldeutschen Kreditbank, Direktor Wandmann, von der Kommerz- und Privatbank, Direktor Morlan, vom Varmer

Vankverein, Kurt Hirschland, vom Bankhaus Dirschland, Direktor Walthausen, von der Essener Kreditbank, und Direktor Kerl von der Dresdner Bank.

Die Entwaffnung Deutschlands.

Neuer Zwang beabsichtigt?

Paris, 18. März. (Havas.) Die Blätter erfahren, daß die französische Regierung bei der britischen angefragt habe, welche Maßnahmen sich diese eventuell anschließen würde, um Deutschland zu zwingen, die Verbindlichkeiten militärischer Natur zu respektieren.

Paris, 18. März. (Havas.) Zu den Blättern meldungen betreffend die Entwaffnung Deutschlands teilt der „Temps“ noch mit, daß die französische Regierung in London bloß angefragt habe, ob dem General Bingham in Berlin Instruktionen zwecks Erneuerung der militärischen Kontrolle gesendet worden sind. Die britische Antwort ist wahrscheinlich noch nicht eingetroffen, doch ist inzwischen in Berlin eine Note über die erneute Tätigkeit der Mission Nollet herausgegeben worden, welche nach dem „Journal des Debats“ die Folge der Mitteilung vom 5. ds. ist, mit welcher Deutschland eine Frist bis zum 15. ds. gegeben worden ist, der neuerlichen Militärkontrolle keine Schwierigkeiten zu bereiten.

Ein französischer Soldat in Essen getötet.

Essen, 18. März. (Havas.) Ein im Heizhause des Bahnhofes beschäftigter französischer Soldat wurde durch einen Revolvererschuß getötet. Der Täter schoß auf den Soldaten durch das Fenster. Die herbeigeeilte Militärwache verhaftete drei Deutsche und verwundete einen vierten.

Böhm, 19. März. (Wolff.) Nach französischen Ansaßen ist am Essener Bahnhof ein französischer Posten erschossen worden. Da die Franzosen annehmen, daß der Posten von einem Deutschen erschossen worden sei, haben sie heute den Reichstagsabgeordneten Geheimrat Dr. Quack, Landesgerichtspräsidenten Dr. Bolmer, ferner den Direktor der Reichsbankstelle in Essen, sowie je einen Direktor der Essener Großbanken als Geiseln verhaftet.

Verhaftung eines Sakentanzlers.

Berlin, 19. März. (Eigenbericht.) In der Nacht zum Sonntag wurde in seiner Berliner Wohnung der berüchtigte Balkistumseigneur Kockbach zum drittenmal verhaftet. Er wird beschuldigt, mit den in Oberschlesien verhafteten Führern der Selbstschußverbände in Verbindung gestanden und hochverräterische Aktionen eingeleitet zu haben. So soll er einen aktiven Widerstand im Ruhrgebiet haben ins Leben rufen lassen.

in unisten. Sie haben in der Zeit der Spaltung durch unausgesetzte Wühlarbeit unsere Organisation vollständig vernichtet, ohne selbst instand zu sein, auch nur das geringste aufzubauen. Ihre Einflußlosigkeit geht wohl am besten aus der Tatsache hervor, daß sie nicht einmal eine Kandidatenliste aufstellen konnten. Wir haben erst vor wenigen Monaten wieder unsere Parteiarbeit beginnen können, so daß das Ergebnis der Wahlen in Anbetracht all dieser Umstände für uns durchaus als annehmbar bezeichnet werden kann. Unsere Genossen werden mit ihren 13 Mandaten gegen die 17 bürokratischen eine starke Opposition darstellen, so daß sie in der Lage sein werden, die einseitige Gemeindevirtschaft, wie sie die Bürokratie früher betrieben haben, zu verhindern. Doch muß das Ergebnis der Wahlen für alle Genossen eine neue Warnung sein, daß es gilt, alle Kräfte anzubannen, damit bei den allgemeinen Wahlen, die unter freilich ganz abnormal günstigen Umständen im Jahre 1919 eroberten Positionen gehalten werden können.

Nuttritt der sozialdemokratischen Mitglieder der Bezirksverwaltungs-Kommission. Die Kreis-Konferenz in Kassel nahm Sonntag einstimmig folgenden Beschluß an:

Die Kreis-Konferenz nimmt den Bericht über die infolge der unverantwortlichen Haltung der deutschbürgerlichen Parteien geschaffene Situation in der Bezirksverwaltungs-Kommission in Kassel zur Kenntnis. Sie erkennt die Unmöglichkeit einer weiteren Arbeit, da die zur Erledigung des Vorantrages notwendigen Zweidrittelmajorität nicht vorhanden ist und empfiehlt daher den Vertretern der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, ihre Funktionen in der Bezirksverwaltungs-Kommission niederzulegen. Die Forderung nach Durchführung der Wahl der Bezirksvertretung ist neuerdings mit allem Nachdruck zu erheben.

Zur Begründung des Antrages führt Genosse Böhl namens einer kombinierten Sitzung der Kreisvertretung, sowie der Bezirksvertretungen Kassel-Stadt und Land folgendes an: „Am 18. Oktober v. J. haben fünf deutschbürgerliche Mitglieder der Bezirksverwaltungs-Kommission in Kassel ihre Mandate niedergelegt. Die zwei Mitglieder des Bundes der Landwirte legten zwar ihre Funktion nicht nieder, sind aber seit dieser

Zeit zu keiner Sitzung erschienen. Mit Erlaß der politischen Bezirksverwaltung in Kassel vom 15. November wurde die Demission des Vorsitzenden, Dr. Sackel, welcher zwar nach seinem Mandatsbericht die Amtsgeschäfte nicht übergab, aber auch jede Tätigkeit einstellte, zur Kenntnis genommen und der Vorsitzende Stellvertreter Genosse Böhl mit der weiteren Vertretung betraut. In der ersten darauffolgenden Sitzung bei welcher außer den fünf deutschen Sozialdemokraten noch die zwei deutschen Nationalsozialisten und drei Tschechen erschienen waren, wurde insbesondere über die finanziellen Verhältnisse in der Bezirksverwaltung berichtet und vom Vorsitzenden Stellvertreter kein Zweifel darüber gelassen, daß es unmöglich sei, für diese Zustände dauernd allein die Verantwortung zu tragen. Die sozialdemokratischen Mitglieder verlangten deshalb in einer Eingabe an die politische Landesverwaltung diese möge die politische Bezirksverwaltung in Kassel beauftragen, eine Aussprache der Vertreter aller politischen Parteien zu veranlassen. Diese Aussprache hat bei der politischen Bezirksverwaltung am 2. März stattgefunden. Für die deutschen Sozialdemokraten gab bei dieser Aussprache Genosse Böhl die Erklärung ab, daß die Parteigrundsätzlich die Ausschreibung der Neuwahlen fordert, da die Bezirksverwaltungs-Kommission ein ungeschickliches Gebilde ist. Im Falle diese Wahlen nicht möglich sind, fordert die Partei eine neue Zusammenfassung der Verwaltungskommission auf Grund der Wahlergebnisse der Gemeindevahlen im Jahre 1919 und Revision der Zusammenfassung nach den Gemeindevahlen 1923. Die tschechischen Parteien, sowie die deutschen Nationalsozialisten schlossen sich im wesentlichen dieser Ansicht an. Die Vertreter der Deutschen Nationalpartei, Deutschdemokratischen Freiheitspartei, Christlich-sozialen Volkspartei, Bund der Landwirte und Kommunisten erklärten, daß sie auf jede Mitarbeit bis nach den Wahlen verzichten und im Falle einer Auflösung und Neuzusammenfassung keine Vertreter nominieren werden. Durch diese Erklärung ist die in Aussicht genommene Neuzusammenfassung der Bezirksverwaltungs-Kommission im Wege der Vereinbarung nicht mehr möglich. Es ist aber auch unmöglich unter den obwaltenden Umständen allein die Verantwortung zu tragen. Dies umso weniger, als eine Erledigung des Vorantrages wegen Fehlens der dazu nötigen Zweidrittelmehrheit, unmöglich ist. Die Verantwortung für die Folgen dieses Zustandes tragen einzig und allein die bürokratischen Parteien, die ein weiteres Arbeiten der Bezirksverwaltungs-Kommission unmöglich machten.

Die Diktatur der Bösa. Am Leitartikel ihrer letzten Nummer wendet sich die „Völkische Wacht“, das Organ der Unabhängigen tschechischen sozialdemokratischen Partei gegen das heutige Regierungssystem und sagt u. a.: „Lange kann man mit diesem System nicht regieren. Die Diktatur (die Herrschaft weniger) kann nicht gleichzeitig national und sozial sein, absolutistisch gegen nicht-tschechische Nationen regieren und gleichzeitig demokratisch die Methoden der Massenherrschaft gebrauchen, das ist für die kleine tschechoslowakische Republik zuviel. Es ging zwar, aber ausschließlich um den Preis der Aufhebung der politischen Freiheit des demokratischen Wahlrechts und der Einführung militärischer Disziplin in den Koalitionsparteien. Die Abgeordneten dieser Parteien müßten „im Interesse der Nation“ ruhig dem Treiben der parlamentarischen Exponenten des Bankrotts, der Agrarier und der Funktionäre der römischen Hierarchie zusehen.“

Aus dem Parlament. Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses findet am Freitag, den 23. März um 2 Uhr nachmittags statt. Auf der Tagesordnung befinden sich das Gesetz über die Gewährleistung der in der Slowakei und Karpathoruthland, das Gesetz über die Wirksamkeit des Ministeriums für öffentliche Arbeiten bei der Verwaltung des staatlichen Bergwerksbesitzes in der Slowakei und Karpathoruthland und das Gesetz über die Durchführung der internationalen Opiumkonvention. Die nächste Sitzung des Senats wird auf schriftlichem Wege einberufen. Auf der Tagesordnung befinden sich zweite Lesungen und zwei Rechnungsabschlüsse. — Die Mitglieder des Gesundheitsausschusses beider Häuser werden zu einer Beratung am 23. März um 3 Uhr nachmittags im Abgeordnetenhause zusammentreten.

Der Abbau der Beamtengehälter.

Allen Anheerungen der Regierenden nach, ist man „oben“ fest entschlossen, am 1. April den zwanzigprozentigen Abbau der vereinheitlichten Teuerungszulage wirklich so durchzuführen, wie ihn das famose Beamtengehaltsgesetz vom 20. Dezember 1922 vorgelesen hat. Sozial einschüßlich, wie die Finanzgrößen unserer heimischen Demokratie schon sind, fixieren sie diese Abzüge für die niedrigen und mittleren Staatsangestellten höher als für die obersten Rangstufen, und Familienväter müssen auf höhere Summen verzichten als Junggefallen — ganz zu schweigen von der Barbarei, daß Beamte, die Eltern oder Geschwister versorgen, nicht als Familienväter, sondern als Kleinstehende gelten, also der Familienzulage verlustig gehen. Vom 1. April an werden folgerhat die Staatsangestellten mit 70 bis 200 Kronen monatlich weniger ihr Auslangen finden müssen, wenn sie sich aber fragen, mit welcher sachlich stichhaltigen Begründung, so finden sie keine Antwort. Der nackte Hunger, dem die staatlich besoldeten Leibesbrüder in Deutsch-

land und Deutschösterreich ausgelegt sind, kann für eine über reichere Mittel verfügende Regierung, wie die tschechoslowakische, kein nachahmenswertes Beispiel abgeben, zumal weder Deutschland noch Österreich sich gleich uns den kostspieligen Luxus eines Riesenheeres gestatten, beide Staaten aber dafür unter Lasten des militärischen Zusammenbruchs stöhnen, die uns erspart geblieben sind. Der Preisabbau, auf den sich der Motivenbericht des Gesetzes sichtlich zugute tut, hält alle Waren trotzdem auf einem, an 1914 gemessenen zehnfach so hohen Preisniveau, die Gehälter aber sind in einzelnen, besonders günstigen Ausnahmefällen auf das kaum siebenfache gesteigert worden. Der Boome, dessen Besitz an Möbeln, Kleidern, Wäsche usw. während der letzten Jahre ganz zusammengekrümpt ist, soll dennoch mit zwei Dritteln seines effektiven Friedenseinkommens (und auch dieses war erbärmlich!) sein Auslangen finden und selbst diese Summen gönnt man ihm nicht! Es wird „abgebaut“ — trotzdem sich die vielberufene Preislenkung als Schwindel erwiesen hat. Denn der Jüder hat auf allen Gebieten seit der Schaffung des Gesetzes wieder merklich angezogen und die Wohnungsmieten dürfen von den Hausherren mit geschlicher Bewilligung erhöht werden! Wohin man also schaut, empfindet man den Gehaltstabbau als eine Privilegierung, aber der neue Finanzminister spielt, um sich seines großen Vorgängers wert zu erweisen, unentwegt den starken Mann. Die Autorität der Regierung verlangt, daß ihr Gesetz durchgeföhrt werde. Wohl. Dann verlangt die „Autorität der Regierung“ auch, daß sie ihre Versprechen einhalte und sich mit den wirtschaftlichen Organisationen der Beamtenschaft über die Durchführung des Abbaues wirklich einigt! Es geht nicht an, Demokratie zu mimen und mit den Angestellten umzuspringen wie mit Sklaven, besonders nicht, wenn man den Organisationen das Recht zuerkannt hat, in einer Lebensfrage mitzusprechen. Und wenn schon „Gesetz Gesetz ist“, kann man es in geschlicher Form, weil man den Jretum erlaubt hat, abschaffen oder den angerichteten Schaden unter anderem Namen gutmachen. Der Fiskus hat, wenn er nur will, Wege genug, und es ist höchste Zeit, daß er wolle, denn es geht um die Lebensmöglichkeit und um die Sauberkeit der Beamtenschaft, die leiden muß, wenn man dem Angestellten nicht mehr gibt, was er zu seines Lebens Notdurft dringend bedarf.

Telegramme.

Eine deutsche Note an Amerika.

Berlin, 18. März. Nach einer Korrespondenz aus Washington bestätigt das Staatsdepartement, daß der deutsche Botschafter eine Note überreicht habe, welche die deutsche Auffassung über die Ruhrfrage dalegt. Offiziell wird erklärt, daß diese Note keine Aufforderung zu einer Vermittlung enthalte und daß Deutschland die Vereinigten Staaten um keine Antwort ersuche. Man fügt hinzu, daß die amerikanische Regierung keinerlei Schritte unternehme und auf die Note nicht antworten werde.

Berlin, 18. März. (Wolff.) Wie uns bestätigt wird, ist im Laufe der diplomatischen Unterhaltungen, die in den verschiedenen Hauptstädten seit Beginn der Ruhraktion gepflogen werden, der Standpunkt der Reichsregierung in den letzten Tagen erneut auch in London und Washington dargelegt worden. Die Meldung aus Washington, daß auch diese letzten deutschen Darlegungen weder ein Ersuchen um Vermittlung noch sonstige Anträge enthalten haben, ist richtig.

Kein deutscher Vorschlag überreicht.

Paris, 18. März. (Savas.) Die Nachricht eines gewissen englischen Blattes, daß der deutsche diplomatische Bevollmächtigte Frankreich einen Vorschlag auf Regelung der Ruhrangelegenheit und der Reparationsfrage gemacht hätte, wird amtlich demontiert.

London, 18. März. Reuter meldet aus New Orleans: der Konsul von Venezuela habe eine Drahtung erhalten, daß in Sara in der Nähe von Maracaibo eine Ölquelle entdeckt worden ist, die täglich 120.000 Faß Petroleum liefern soll. Es wird erklärt, daß dies die reichste Petroleumquelle der Welt ist.

Ministergesprächungen in Hamm.

Berlin, 18. März. (Wolff.) Der Reichspräsident, die Reichsminister Brauns und Beder und der preussische Minister Severing hielten in Hamm Besprechungen mit den Führern der Behörden, der wirtschaftlichen Organisationen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände des Ruhrgebietes ab. In einer Versammlung, woran etwa 1500 Vertreter des Ruhrgebietes teilnahmen, wies der Reichspräsident in einer Ansprache die Unterstellung zurück, daß der passive Widerstand im Ruhrgebiete voraus planmäßig organisiert worden sei. Der Widerstand sei allerorten spontan aus eigener politischer und wirtschaftlicher Erkenntnis der betroffenen Bevölkerung und ohne jede Aufforderung der Regierung entstanden. Deutschland brachte die größten Opfer, um die rechtlose Befehung weiterer deutscher Gebiete zu verhindern, sodas Deutschland ohne eigene Schuld in den teigen Kampf geriet. Die Gegner zeigen keine Bereitwilligkeit zu einer freien und gerechten Verständigung, zu welcher die deutsche Regierung immer bereit war und bereit ist. Würde sich Deutschland den Machtgelüsten Frankreichs unterwerfen, dann wäre es um den Bestand und die Selbstbestimmung der Zu-

kunft der deutschen Republik geschehen, ebenso auch um die wirtschaftliche und die soziale Stellung der deutschen Arbeiterschaft und ihre weitere Entwicklung, die dem französischen Kapitalismus ein Dorn im Auge ist.

Ein Sozialisierungsantrag im englischen Unterhaus.

London, 19. März. (M.R.) Großes Interesse wird der sozialistischen Resolution entgegengebracht, die Philipp Snowden heute abends im Unterhause einbringen wird. Diese Resolution verlangt, daß die gesetzgebenden Bestrebungen auf eine allmähliche Ersetzung des kapitalistischen Systems durch eine industrielle und soziale Ordnung hingenzieln, die sich auf das öffentliche Eigentum und eine demokratische Kontrolle der Produktionsmittel und ihrer Verteilung gründet. Diese Resolution ist die erste sozialistische im Unterhause eingebrachte Aufforderung. Die Debatte wird allerdings wenig praktischen Wert haben und bloß akademischen Charakter tragen. Man kann als sicher annehmen, daß der Antrag mit einer gewaltigen Mehrheit abgelehnt werden.

Das russische Getreide für die Ruhrarbeiter.

Moskau, 19. März. (M.R.) 500.000 Pud Getreide, welche von russischen Arbeitern zur Unterstützung der darbedenden Arbeiterschaft im Ruhrgebiete angekauft wurden, sind durch Vermittlung des Zentralausschusses der russischen sozialistischen Verbände nach Reval gebracht worden, von wo sie in der nächsten Zeit in das Ruhrgebiet werden geschafft werden. Der Zentralausschuß der deutschen Arbeiterbetriebsräte hat an den russischen sozialistischen Verband den Dank und die herzlichste Anerkennung übermittelt.

Hardings neue Kandidatur.

New York, 19. März. Präsident Harding hat nach einer Erklärung des Attorney General Daugherty die Absicht, in Miami (Florida) für die kommende Präsidentenwahl 1924 seine Kandidatur aufzustellen. Die Erklärung wird als erste autorisierte Ankündigung der neuen Präsidentschaftskandidatur angesehen, da Daugherty mit Harding eng befreundet ist.

Verhaftung eines deutschen Abgeordneten in Paris.

Paris, 18. März. (Savas.) Der gestern hier verhaftete deutsche Abgeordnete Hollein wurde ins Gefängnis gebracht, da er beschuldigt wird, gegen die Sicherheit des Staates aufgereizt zu haben.

Tages-Neuigkeiten.

Das Wiesbadener Stadttheater niedergebrannt.

Wiesbaden, 19. März. Im Stadttheater ist nach der Vorstellung ein Brand ausgebrochen. Das Feuer brach nach der Vorstellung kurz nach 10 Uhr aus. Man hörte einen starken Schlag wie von einer Explosion. Einige Augenblicke später schlugen gewaltige Flammen aus verschiedenen Fenstern des Theaters. Die sofort eingreifende Feuerwehr konnte wenig ausrichten. Bei ihrem Eingreifen hatte das Feuer schon den ganzen Zuschauerraum, die Bühne und das Kulissenhaus ergriffen. Nach 20 Minuten stürzte die große Kuppel über dem Zuschauerraum tragend zusammen. Von den Kulissenbeständen konnte trotz Mithilfe der Bürgerschaft nur wenig gerettet werden. Innerhalb einer knappen Stunde war das ganze Theater vollständig ausgebrannt. Die französische Besatzungsbehörde alarmierte sofort mehrere Kompanien, die den Brandherd in weiten Umkreise absperrten. Der Schaden wird auf mehrere Milliarden geschätzt. Opfer an Menschenleben sind vermutlich nicht zu beklagen.

Nach dieser Schilderung ähnelt das tragische Schicksal des Wiesbadener Stadttheaters sehr dem Flammentod des Teplitzer Stadttheaters, das am 30. August 1919 niederbrannte. Hier wie dort brach das Feuer nach Schluß der Vorstellung aus, sodas in beiden Fällen Menschenopfer nicht zu beklagen waren. In Wiesbaden, wie in Teplitz konnten die Feuerwehren die Katastrophe nicht aufhalten; nur das wüende Element in Wiesbaden seine Föhrtörungsarbeit noch schneller vollendet hatte. Und im einen wie im anderen Falle handelt es sich um ein w.berühmtes Bad. Wenn man noch in Betracht zieht, daß die Quellen von Wiesbaden und von Teplitz denselben Heilzwecken dienen, so wirkt diese Duplizität der Fälle geradezu einzigartig. In Teplitz ist man nie auf die Ursachen des Theaterbrandes gekommen — vielleicht wird man die Katastrophe von Wiesbaden ergründen können, dessen Bevölkerung, schwer leidend unter dem Druck der Besatzung, nun auch noch diesen Schicksalschlag erdulden mußte.

Der Wagen will keine kräftige Beije mehr aufnehmen!

In Troppau hat dem Aufrufe unserer Parteiorganisation eine Anzahl von Familien Folge geleistet und will sich an der Aktion „Kind

zu Tisch“ beteiligen; durch diese Aktion soll den Kindern der Kernsten, der Arbeitslosen, die Möglichkeit geboten werden, wenigstens einigemal in der Woche ein kräftiges Mittagessen zu erhalten. Bei der Mittagstischaktion, mit der dieser Tage begonnen wurde, hat sich nun gezeigt, daß eines der unterernährten Kinder, das nun wieder ein kräftiges Mittagessen bekam, an den Folgen des Wechsels in der Ernährungsweise schwer erkrankte. Die Schleimhäute dieses Kindermagens, der seit Monaten nurmehr die Nährstoffe von Kaffee und Brot zu verarbeiten gewöhnt war, vertrugen eben eine kräftige Kost nicht mehr und verursachen dadurch eine schwere Erkrankung. Das Kind bekam Rindsuppe und Fleisch und wurde krank. Seine dauernde Unterernährung durch ausschließlichen Genuß von Kaffee und Brot zerstörte seinen Organismus in gleicher Weise wie beispielweise die wochenlange Ernährung der Menschen während der letzten russischen Hungersnot mit Gras, Wurzeln, Rinde und Kleie ihnen zum Verhängnis wurde, auch dann, als sie auf ihrer Flucht aus dem Hungergebiet sich endlich gerettet glaubten und wieder genießbare Nahrung, wenn auch nur in geringer Menge, bekamen. Wie von tödlicher Krankheit betroffen starben diese Menschen in Massen dahin — sie wurden von der langerehnten Nahrung getötet. Doch dort in Südrussland war eine alles vernichtende, elementare Hungerkatastrophe eingetreten, dort gab es keine Lebensmittelgeschäfte und keine Vorratskammern mehr, dort besaß niemand mehr etwas. Bei uns jedoch, gleichwohl, ob es in Prag, Reichenberg oder Troppau ist, wollen die Auslagen der Lebensmittel- und Delikatessengeschäfte, der Fleischaner- und Baderladen, die aufgestapelten und zum Kaufe angebotenen Waren nicht mehr lassen. Vorratskammern und Speicher sind voll. Mit heißhungrigen Augen blicken die Tausende der Arbeitslosen, ihrer Frauen und Kinder in die Lebensmittelgeschäfte und müssen, weil mit leeren Taschen, mit leerem Magen weitergehen. Reicht doch die staatliche Unterstützung kaum aus, um die Wohnung, das tägliche Brot und den Kaffee zu bezahlen. Wochen-, monatelang Kaffee und Brot, das ist die einzige Nahrung der Arbeitslosen und ihrer Kinder in diesem Staate, dessen Machthaber behaupten, für die soziale Fürsorge der Bewohner vorbildlich gesorgt zu haben. Um die Vorbildlichkeit dieser Fürsorge richtig würdigen zu können, braucht man sich nur das Los des armen Troppauer Kinder zu vergegenwärtigen, das, als es einmal durch private Unterstützung wirklich etwas zu essen bekam, sofort schwer krank wurde. Einem Kinde jener anderen, der bevorzugten und herrschenden Klasse in diesem Staate, könnte so etwas allerdings nicht geschehen. Denn wenn so ein Kind einmal gut (gemeint ist „sehr gut und sehr reichlich“) zu essen bekommt, so wird ihm höchstens übel davon.

Gegenseitige Ausweisungen.

In der letzten Zeit sind aus Bayern Ausweisungen von Ausländern, darunter auch von tschechoslowakischen Staatsangehörigen erfolgt, was die bairische Regierung damit begründet, daß die Wohnungsnot, die in Bayern ohnehin schon katastrophal war, durch die aus dem Ruhrgebiet zugereisten deutschen Staatsbürger, welche von den Franzosen dort ausgewiesen wurden, noch verschärft wurde. Als Retorsionsmaßnahme, das heißt als Mittel, um die deutsche Regierung zu zwingen, diese Ausweisungen zurückzunehmen, wurden nun über Wink des Ministeriums des Innern aus allen Gebieten der Tschechoslowakei Reichsdeutsche ausgewiesen. Daß die Maßnahmen der tschechoslowakischen Regierung nur eine Repressalie sind, scheint auch daraus hervorzugehen, daß den Ausgewiesenen die Einbringung des Refurzes aus die politischen Behörden zweiter Instanz innerhalb dreier Tagen angefordert wurde. Erst wenn die Behörde zweiter Instanz den Ausweisungsbefehl bestätigt, erwächst er in Rechtskraft. Dieser zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland entstandene Konflikt, der auf dem Rücken tausender von Menschen ausgetragen wird, sie um ihre Existenz bringen soll, Tausende von Familien dem Hunger und der Obdachlosigkeit preiszugeben droht, wird von der tschechischen Öffentlichkeit naturgemäß zu einer nationalen Hege beunzt. Vor einigen Tagen hat eine von einem tschechischen kaufmännischen Verein einberufene Enquete über die Zuwanderung von Ausländern in die Tschechoslowakei stattgefunden, in der u. a. darauf hingewiesen wurde, daß ein großer Teil der Ausländer in den wichtigsten strategischen Zentren wie in Wilkowitz und Mährisch-Osttau sowie in den nordböhmischen Industriegebieten sitze und daß auch viele Ausländer in den Eisenwerken und in den Waffenfabriken angestellt seien. Es wurde also der Versuch gemacht, die Ausländer, besonders die Reichsdeutschen als eine Gefahr für die militärische Sicherheit des Staates hinzustellen! Die Aktion, die da eingeleitet wurde, ist charakteristisch für die Grausamkeit, mit der einzelne Staaten gegenüber Ausländern, die ihren Brotwerb nicht in der Heimat finden können, vorgehen. Die Franzosen weichen Deutsch aus dem Ruhrgebiet, Bayern rewanziert sich, indem es Tschechoslowaken aus dem Lande weist und die Tschechoslowakei antwortet mit Ausweisungen von Reichsdeutschen. Es ist geradezu eine Verwilderung des Völkerechts, die da in Erscheinung tritt. Ohne Grund werden Menschen, die Jahre oder Jahrzehnte irgendwo beschäftigt sind, aus ihrer Existenz herausgerissen und mit ihren Familien der Ungewißheit und der Gefahr des Hungertodes ausgeliefert. Wie verlautet, wird bereits zwischen der deutschen und tschechoslowakischen Regierung verhandelt und es soll in den nächsten Tagen sogar eine Konferenz in Dresden stattfinden, auf der die Frage berei-

nigt werden soll. Es ist zu hoffen, daß es dort zu einer vollständigen Verständigung kommen wird und die Ausweisungen sowohl von Tschechoslowaken aus Deutschland, als auch von Reichsdeutschen aus der Tschechoslowakei aufgehoben werden und so tausende von Menschen die nächsten Tage nicht in qualender Unsicherheit verbräuen.

Mag Adler-Versammlungen im Reichenberger Gebiet. In der Vorwoche fanden im Reichenberger Gebiet, in Reichenberg, Gablonz, Riemes Grottau und Gainsdorf öffentliche Vereinsversammlungen der sozialdemokratischen Partei statt in denen Gen. Dr. Max Adler aus Wien über „Das Wesen des Klassenkampfes“ referierte. All diese Versammlungen waren sehr gut besucht, aus Grottau und Riemes meldet unser Reichenberger Parteiblatt 1200 und 700 Teilnehmer. Allerdings waren in allen Versammlungen — mit Ausnahme der von Reichenberg — auch Kommunisten erschienen. Die Adler-Versammlungen bedeuten für unsere Partei im dortigen Gebiet einen Erfolg, worüber keine noch so schön aufbereiteten Berichte im „Vorwärts“ die kommunistischen Arbeiter hinwegtäuschen vermögen. Man muß immer wieder daran erinnern, wie es in diesem Gebiete nach der Parteisplaltung ausah: die sozialdemokratischen Organisationen waren anfangs bis zur Ohnmacht geschwächt und nur nach und nach gelang es dort die Schäden einigermaßen auszubessern. Nun aber stehen auch dort wieder festgefügt die sozialdemokratischen Organisationen und ihre rastlose fruchtbar Arbeit für das Proletariat trägt viel dazu bei, den von den kommunistischen Phrasengeblender Arbeitern die Augen zu öffnen. In Adler-Versammlungen brachten den Beweis, daß es nunmehr in der kommunistischen Hochburg rasch vorwärtsgeht — mit der Verbreiterung und Vertiefung der sozialdemokratischen Ideen. Der „Vorwärts“ läßt zwar die Erfolge unserer Genossen in „Blamagen“ um berichten aber darüber nicht etwa in seiner berühmten Aufmachung, sondern ganz bescheiden, in kleinsten Lettern, auf der fünften Seite. Daran allein geht schon klar hervor, daß der „Vorwärts“ eben nur die günstige Entwicklung der sozialdemokratischen Partei in der weiteren Umgebung von Reichenberg der Aufmerksamkeit der kommunistischen Arbeiter entziehen will.

So sterben die „Börjeaner der Arbeit“. Auf der Grube „Karl“ bei Koston wurden am Donnerstag die Bergleute Hentschel aus Krzomusch und Kotturek aus Koston von herabstürzender Kohle verschüttet. Bevor die Unglücklichen aus ihrer Lage befreit werden konnten waren sie bereits erstickt. Hentschel war Vater von sieben Kindern und war ein äußerst tätiger Parteigenosse. Kotturek hinterläßt zwei Kinder. — Freitag nachmittag wurde auf dem Barbaraschacht in Rabendorf der 70jährige Bergmann Glöckner aus Hoan in Tiefbau verschüttet und erlitt gleichfalls den Erstickungstod. — Auf dem Grohmannschacht bei Eisenberga wurde am Donnerstag der Bergmann Genosse Wotischke durch elektrischer Starstrom getötet.

Aushebung einer „Banknotenfabrik“ in Wien. Seit längerer Zeit sind in Wien tadellos Nachahmungen von 10.000 polnische Markscheinen im Umlaufe, deren Erzeuger am Samstag in Wien verhaftet wurden. Am Freitag fand man nämlich bei der Zollrevision in Hohenau bei der Uhrmachersgattin Etie Stockhammer aus Wien einen Koffer, zwischen dessen doppeltem Boden sich falsche 10.000 polnische Markscheine im Werte von 31.770.000 Polennmark befanden. Beim Verhöre gab Etie Stockhammer an, daß sie die Fälschate vom Kaufmann Leo Brucker erhalten habe. Bruder, sowie der eigentliche Banknotenfabrikant Moriz Rismann wurden am nächsten Tage in Wien verhaftet. Rismann, der Holzwarenerzeuger ist, hatte in seiner Werkstätte einen Raum als Fälschwerkstätte eingerichtet, wo man auch weitere Fälschate im Werte von 38 Millionen Polennmark vorfand. Rismann verstand es, durch Bearbeitung des gewöhnlichen Ministerpapiers, den sogar für gewicte Fälscher unachahmlichen Wasserdruck herzustellen. Die Erhebungen werden von der Wiener Polizei weitergeföhrt.

Krankenspflegerstreik in den Wiener Krankenhäusern. Aus Wien wird telegraphiert: Die Entlassung der Zivilspflegerinnen aus den staatlichen Krankenhäusern in Wien und Erhebung derselben durch Klosterpflegerinnen hat zur Folge, daß aufgrund eines Beschlusses der Fachorganisation morgen in fast allen Krankenhäusern solidarische Teilstreiks des Hilfspersonals eröffnet werden. Die Krankenpflege wird aber durch diese Streiks nicht berührt.

Eine Geistesranke verewaltigt. Leipziger Blätter berichten über ein Zittlichlechtsverbrechen, das dort an einem dreißigjährigen, schwer, aber harmlos geisteskranken Mädchen von unbekanntem Täter verübt wurde. Das Mädchen, das sehr oft ohne Begleitung spazieren zu gehen pflegte und auch stets pünktlich nach Hause kam, ist dieser Tage nach einem solchen Spaziergehen erst am anderen Morgen früh kurz nach 4 Uhr bei ihrer Mutter wieder eingetroffen, aber in einem fast unbeschreiblichen Zustande. Ihre Kleidungsstücke waren auf der Vorder- und auf der Rückseite ihres Körpers fast vollständig durchgerissen, ein weißer Unterröck und ihr Beinkleid fast unbrauchbar und blutbesetzt. Am Halse und an anderen Stellen ihres Körpers waren blaue Flecken sichtbar, die Zähne bluteten, die Lippen waren geschwollen. Außerdem: schlechte

gelblichbrauner Hautschmelz und ein weißer ...

Sonnenstreik politischer Straflinge in Lemberg. Wie die polnischen Straflinge ...

Regelmäßiger Funkdienst Prag-Paris. Der regelmäßige radiotelegraphische Dienst ...

Schwere Viehseuche in Mähren. In Mähren wütet seit Wochen unter den Viehherden ...

Ein neugeborenes Kind im Koffert eines Eisenbahnwaggons. Ein Kondukteur fand in dem am Sonntag um 8 Uhr abends am Prager ...

Ein Prager Betrüger in Bern verhaftet. Die Prager Polizeidirektion erhielt aus Bern die radiotelegraphische Nachricht ...

Hund altertümlicher Vecher. Beim Neubau des Gebäudes der „Kunione“ in Prag wurden am Samstag zwei Zinnschaber gefunden ...

Gerichtssaal.

Billigung des Attentats auf Rasin.

Zwei Angeklagte — Nationaldemokraten.

Prag, 19. März. Der Zahnarzt Josef Javurek stand am 5. Jänner um halb 1 Uhr vor dem Inspektionsbureau Gregar ...

Und kaum hatte er sich versehen, so sah ihn schon ein Wachmann beim Kraken und verhaftete ihn. Auf der Wochstube versuchte Javurek dem Polizeibeamten klar zu machen, daß er sich die Illustrationen einer Zeitschrift in der Auslage angesehen und zu seinem Freunde gesagt habe: „Die sind fein.“

Vor dem Straßengericht des ODBR. Spkora stand heute der Postkassier Johann Pizel aus Prag 7, wegen des gleichen Vergehens angeklagt. Pizel hat am 5. Jänner auf der Cecharbrücke in Prag, als er dort an einer über das Attentat debattierenden Menschenansammlung vorbeiging, gesagt: „Das war ein Lump!“

Die Mutter erschlagen.

Aus Mähr.-Osttau wird uns geschrieben: Eine grauenvolle Mordtat gelangte Freitag vor dem Ostrauer Schwurgericht zur Verhandlung. Auf der Anlagebank lag ein schwächliches blaßes Püschchen, 24 Jahre alt, von Beruf Dachdecker, mit Namen Josef Polak aus Al. Kunzsch bei Mistel. Sein Vorleben ist ein tadelloses. Er ging in kein Wirtshaus, rauchte und trank nicht und legte seine Ersparnisse auf die Seite. Ihm wurde zur Last gelegt, am 1. März 3. seine Mutter erschlagen und dann das Haus angezündet zu haben, das vollständig niederbrannte. Die Ursache ist in einer Uneinigkeit zu suchen, die zwischen Sohn und Mutter seit längerer Zeit bestand. J. Polak hatte mit seiner Mutter öfter Streit deshalb, weil er ein Mädchen heiraten wollte, das konfessionslos war. Die Mutter des Angeklagten dagegen war sehr fromm und bereitete ihrem Sohn allerlei Schwierigkeiten. Auch am 1. März hatte er nach seinem Geständnis mit der Mutter einen Streit. Sie weigerte sich, ihm die Wäsche zu waschen und erklärte ihm, er könne diese Arbeit ja von seiner Frau Bogena Kubalicki besorgen lassen, wenn er die Wäsche habe, sie wirklich zu heiraten. Im Laufe des Streites ging die Mutter aus der Stube. Als er nach einer Weile in das Vorhaus trat, bemerkte der Angeklagte, daß die Mutter sich an der Bodentür erhängt hatte. Er band sie los, ergriff in seiner Wut eine Hacke und schlug sie, die noch atmete, tot. Darauf ging er auf den Boden, zündete dort das Stroh an und verließ das Haus. In der Untersuchungshaft erklärte Polak, die Tat deshalb begangen zu haben, um den Weg für die Heirat frei zu haben. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten zwar mit neun Stimmen schuldig, da erwiesen ist, daß er die Tat begangen, waren jedoch mit acht Stimmen der Meinung, daß er seiner Sinne nicht mächtig gewesen sein muß. Der Angeklagte wurde daher vom Mord freigesprochen, mußte aber wegen Brandstiftung zu lebenslänglichem Kerker verurteilt. Der Perjurte behielt sich Bedenkzeit vor.

Scherz und Ernst.

Prag, 17. März. Es war im Schnellzuge zwischen Pilsen und Prag. Der Reisende Wladimir Stoel, ein bekannter Spahngel, unterhielt mit seinen Schnurren und Witzn das ganze Abteil erster Klasse, in dem er saß. Besonders auf eine kleine brünette Frau hatte er es mit seinen manchmal etwas anspieligen Spässen abgesehen und die kleine Frau, die geschiedene Emilie S., fiel ihm auch regelmäßig hinein, so daß sich alles förmlich unterhielt.

Stoel stellte sich der Frau als „Oberstes Organ der öffentlichen Moral“ vor und — ging dann in Prag am Abend mit ihr in eine Weinstube. Und als die beiden so traut beim Weine zusammensaßen, löste sich vom Halse der Frau ein Perlenkollier und fiel dem Reisenden in den Weinauschnitt hinein, ohne daß er es bemerkte. Erst daheim kam er darauf und schickte es am nächsten Tage in die Wohnung der kleinen Frau. Doch diese hatte ihm eine falsche Adresse angegeben, so daß Stoel das Halsband zuerst einem Detektiv und dann der Polizei übergab. Frau S. glaubte jedoch, daß ihr der Reisende das Halsband gestohlen hatte und erstattete die Anzeige. Heute wurde Stoel nach einer äußerst amüsanten Verhandlung, in der eine Reihe von Zeugen bestätigten, daß Stoel ein Spahnmacher und nebenbei auch ein vernünftiger Herr sei, von der Anklage freigesprochen, da erwiesen wurde, daß er das Halsband zurückzugeben sich bemühte.

Opfer der Wohnungsnot.

Prag, 19. März. In der „Narodni Politika“ erschien im Jänner ein Wohnungsinserat, in dem der Baumeister Bohumil Homolac die Beschaffung von Wohnungen in einem neuen Hause zusicherte. Zu Homolac kamen natürlich viele Leute, denen der gezielte Baumeister erklärte, daß das leerstehende Haus der Genossenschaft für den Bau von Einfamilienhäusern „Unser Haus“ gehöre und daß sie Mitglied dieser Genossenschaft werden müßten, wenn sie eine Wohnung erhalten wollten. Durch derartige Vorspiegelungen entlockte Homolac einer Reihe von Familien insgesamt 115.200 Kronen. Erst zu kamen die um ihre ganzen Ersparnisse betrogenen Familien darauf, daß das angeblich leerstehende Haus überhaupt nicht existiere und erstatteten gegen Homolac die Anzeige. Bei der heutigen Verhandlung erklärte Homolac, daß er das Haus bauen wollte, daß er aber keinen Kredit bekommen habe. Die Verhandlung mußte wegen Vorladung neuer Zeugen vertagt werden. Als vor dem Richter die betroffenen Familien jammerten erklärten, daß sie alles verloren haben, suchte Homolac nur gleichgültig mit den Achseln: Warum waren sie alle auch so dumm?

Verjacht: Bestechung eines Gendarmen.

Prag, 19. März. Das 19jährige Dienstmädchen Henriette Banak aus Peratowich wurde im Dezember des Vorjahres mit einem Abortus in das Melniker Spital eingeliefert, wo sie angab, daß die Hebamme Anna Dufek an ihr den verbotenen Eingriff vorgenommen habe. Als nun der Gendarmenwachmeister Rudolf Emetana die Angelegenheit ausforschte und zur Hebamme Dufek kam, wollte ihm diese 200 Kronen in die Hand drücken, wobei sie sagte: „Da haben Sie es und mit der Angelegenheit machen Sie nichts.“ Gegen die Dufek und ihr Opfer, die Banak, wurde die Anzeige wegen Verbrechen nach § 311 erstattet. Henriette Banak wurde zu drei Monaten und Anna Dufek zu fünf Monaten schweren Kerkers verurteilt. Die Beurteilung der Banak erfolgte bedingt.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Kleinhandelspreise im Februar 1923.

Nr. 5 der Preisberichte des Statistischen Staatsamtes bringt in der üblichen Anordnung die Indexziffern der Kleinhandelspreise im Februar 1923. Ueber den Stand der Preise in der mitt-

leren Woche des Monats Feber unter gleichzeitiger Vergleichung mit der mittleren Woche des vorgehenden Monats orientiert die nachfolgende Tabelle (Gruppe 1, tägliche Gebrauchsgüter, insbesondere Nahrungsmittel, Gruppe 2, Textilien, Schuhe und Männerhüte): Juli 1914 gleich 100.

Table with 3 columns: Category, Jan 1923, Febr 1923. Rows include Groß-Prag, Mähren, Slowakei, Karpathenland, Die ganze Republik.

Zur Durchschnitt für die Republik sind die Preise der Gruppe 1 unbedeutend, um 0.7 Prozent gesunken. Von den verteuerten Warengruppen sind im Preise gestiegen: Kraut um 12.2 Prozent, Rindfleisch 5.5, Margarine 3.1, Salami 2.3, Schweinefleisch 2.3, Mehl und Feite 1.8, Zucker 1.5 und Hülsenfrüchte um 0.9 Prozent. Mehrere Warengruppen haben sich jedoch verbilligt. Es sind dies die Eier, welche am stärksten gesunken sind, um 13.5 Prozent, dann tafelfeise, weiches und hartes Holz um 4.4 und 3.7, Bier 3.5, Petroleum 2.7, Kartoffeln, Butter und Milch 2.5, Steinkohle um 1.9 Prozent und unbedeutend auch der Malzsaft und Seife. Die Preise der Gruppe 2 haben sich im Durchschnitt für die Republik nahezu nicht verändert; die Textilien verblieben auf der Höhe des Vormonates, Schuhe stiegen um 2.4 Prozent und Männerhüte sanken um 1.2 Prozent.

Bei den unausgesetzt beobachteten Erbschaften äußert sich die Preisbewegung für den ganzen Monat Feber im Verhältnisse zum ganzen Monat Jänner 1923 wie folgt:

Table with 3 columns: Category, Jan 1923, Febr 1923. Rows include Prag (I-VIII), Brünn, Pilsen.

In inneren Prag sanken hauptsächlich Butter, Eier, Kohle und weiches Holz; eine bedeutendere Senkung der Indexziffern der Gruppe 2 um 11 Prozent, wurde durch die Verbilligung aller Textilien und der Männerhüte herbeigeführt. In Brünn stieg das Fleisch und sämtliche Feitstoffe; deswegen erhöhte sich der Index der Gruppe 1 um 2.2 Prozent. Die Senkung des Pilsener Index der Gruppe 1 wurde durch das Fallen der Butter, Feite, Eier und des Bieres verursacht, ein kleiner Anstieg der Gruppe 2 durch eine geringe Vertierung einiger Textilien herbeigeführt.

Auffällig ist, daß nach den Veröffentlichungen des statistischen Staatsamtes zu gleicher Zeit die Großhandelspreise steigen und die Kleinhandelspreise fallen. Inwiefern da Rechenfehler des statistischen Staatsamtes mitspielen, kann natürlich nicht gesagt werden. Jedenfalls sind die Preise am Weltmarkt im Steigen, und wenn auch die Kleinhandelspreise stationär geblieben sind aber gar gefallen sein sollten, kann dieser Zustand nicht lange andauern und bei einem weiteren Steigen der Großhandelspreise müssen auch die Kleinhandelspreise in die Höhe gehen.

Der Held im Schatten.

Roman von Karl Bröger. (28)

Die Dienstzeit ging zunde. Ernst wunderte sich oft, wenn zurückdachte. Nie vorher hatte sein Leben diesen starken, kräftigen Pulsschlag gehabt. Nie war Zeit so schnell und brausend durch ihn geströmt. Wann er über die zwei Soldatenjahre, so drängte sich die Erkenntnis vor, ein neuer, ein ganz anderer Mensch sei in seine Haut gewachsen. Wo war die Scham geblieben, vor Menschen und fremden Zuständen? Er konnte freier in die Welt blicken, seit er vorgefachte Gedanken wegschob, die zwischen seinem Sinn und dem wahren Bild der Welt standen. Er war zweifelnd geworden, ob es wirklich seine Vorstellung von der Welt war, die er diese Jahre her bildete. Hatte er nicht Grabbe oder Heibel auf die Nase gesetzt und durch sie das Leben wie durch eine Brille gesehen. Ein Gefühl langsame Erwachen reichte er dumpf und schlaftrig noch manchmal, und wissend, wieder hinzusinken in wüsten Halbblöckel. Was zu werden, den Tag zu grüßen, der schon ungeduldig die heißen Schwingen regte, war Ernst Löhners Sehnsucht, die er brütend mitnahm in die Vaterstadt ...

Frührot.

Anders als bei seiner letzten Rückkehr grüßte Ernst Löhner die große Stadt. Sie war nicht geändert, streckte und dehnte sich wie immer in die flache Weite des reizarmen Landes und trug die alte Burg stolz wie einen Stirnreif. Die gewaltig beharrende Kraft des Lebens predigte in Ernst Löhners Sinnen. Die alten, grauen Türme und Mauern sind noch, die sein Streben und Jren, seine Wonne und seinen Wahn gestand, die gleichen, die unbeweglichen Gesichtes dem gewechselten Menschen ins Auge blickten. Fühlten sie mit den Menschen, der stumm drinnen stand und ge-

lobte, das Leben hinfort zu tragen, es sei Lust, es sei Last, dem Leben treu zu bleiben, ob es ihn mit Glanz beschütten oder in Schatten begraben wollte. Die Türme hielten weiter hohe Schau, und ihre verwitterten Stürnen leuchteten im diinnen, glasartigen Glast der Herbstsonne.

Ernst sprang entzückten Auges in den Kampf. Mit geschlossenen Augen, weil er nicht sehen mochte, wie die alten Schatten sein äußeres Leben wieder in die Arme nahmen. Nichts sehen und nichts hören, was über die Stunde hinauswies, und in dieser Stunde nur wissen, daß dem Menschen gesetzt ist, zu arbeiten, wenn er leben will. Die Träume von Ruhm und Reichtum waren nicht gestorben, aber sie mußten schlafen, tief und fest schlafen, sollte das Leben ertragen und einem Ziel zugebracht werden. An dieses Ziel mochte Ernst nicht denken. Dachte er daran, so unweichte ihn kalter Grabgeruch. Arbeiten, später ein kleines Mädchen nehmen und Kinder zengen, gab es ein Ausweichen aus diesem unerbittlich vorge-schriebenen Weg, den seit Geschlechtern jeder im Zwinger gegangen ist? Das Bild des Vaters schritt diesen Weg vor, schwermütig lächelnd und wortlos. So würde es auch bei ihm sein: ein kurzes, einfaches Glück, Entweigung dann, ein schrecklicher Kampf in den vier Wänden und die Flucht in betrunkenes Vergessen ...

Der Vater ruhte von Kampf und Flucht. Er war gestorben, als Ernst im ersten Frühjahr Soldat war. Ernst stückte eben den weißen Trübsinn, da kam der schwarzgeränderte Brief mit der Nachricht ... In dritter Garnitur, Helm und Lederzug blank gepulvt, ging Ernst hinter dem Sarg drein und fand Trost in dem Gedanken, daß der Tote sich wohl freuen würde, wenn er eine Ausform in seinem letzten Geleit sehen könnte. Trauer brachte Ernst nicht anwege. Sie schien ihm Dummheit. Der Vater hatte seinen harten, atemlosen Kampf hinter sich und schlief nach dem bösen, giftigen Traum seines Lebens tiefen, tiefen Schlaf. Hatte er in diesen Schlaf ein schönes Bild gerei-

let? Eine Wiese im heimatischen Frankendorf, die Peterskirche, die der Schustergerelle auf der Wanderschaft gesehen, und die in seinem einfachen Denken der Gipfel aller Größe war, die Spieluhr, deren sanft klapperndes Rasseln dem ersten Gesicht frohliche Lichter weckte, eine Erinnerung, nicht von Galle und Gifer seines Alltags befeudet, dem guten Antlitz ein dankbares Lächeln als Beute seines Lebens zu schenken. Ernst wünschte es innig.

Ernst hauste mit der Mutter, die es ganz in natürlicher Ordnung fand, daß er in die Küche des Vaters einzüchte, und sich behandeln ließ, wie sie es in den Jahren gelernt und geübt hatte. Dazu fehlte Ernst jede Lust. Er redete sich beim ersten Treffen finster auf, herrschte mit rauher Stimme Ruhe im Haus und war fest entschlossen, seinen Willen durchzudrücken, es mochte gehen, wie es wollte. Jeden Tag setzte es Kampf. Die Mutter strebte Gewalt über den störrischen Sohn an, versuchte grobe und feine Mittel und zitterte vor Horn, weil nichts gelang. Der Sohn war härter, viel härter als der Vater. Er schwieg nicht und zahlte böses Wort mit böserem Wort heim. Aber an ein Nachgeben dachte auch Maria nicht. Hand sie es schon geraten, längerer Waffenstillstand einzuführen, der heimliche Kriegszustand dauerer fort und führte zu heftigen Ausbrüchen auf beiden Seiten.

Schnell hatten Ernst alle Kräfte des Lebens wieder, denen er zwei Jahre entzückt war. Er fiel seiner dunklen Verschlossenheit neu heim, wick den Menschen, und was sie bewegte, aus und baute noch höhere Räume als jemals um die eigene Welt. Die Arbeit sahnte er als eine bittere Notwendigkeit, fand keine Lust und Freude daran, arbeitete aber leidlich regelmäßig, um seine Hauptwaffe im Kampfenkampf in der Hand zu behalten.

Das Leben ging ihn hart an. Das Gefühl, nun gelte es, wurde täglich mehr bekräftigt. Ernst wuchs an diesem Gefühl und an der klaren Erkenntnis, daß sein letzter, schwerer Kampf mit den Geistern der Tiefe nahte.

Ernst liebte die Arbeit nicht. Es fehlte ihm Geduld, Ausdauer, die Fähigkeit, körperliche Kraft auf einen Punkt zu sammeln. Er suchte umsonst einen Sinn in dem Zustand, daß er neun Stunden vor einer Bleipresse stand, die immer und immer nur um ihre Achse schwang, ob Blei in den Behältern war, ob die Behälter leer liefen. Daß Kraft wirkt, so oder so, war kümmerlicher Trost für ihn, der nicht wußte, daß Kraft genutzt werden will. Er fühlte andere Kraft in sich, Kraft, die unruhig und quälerisch die Brust hob und keinen Weg in Freiheit und Wirksamkeit finden konnte. Denn denken und dichten hält eine Bleipresse nicht im Gang. Ihr versäug es nichts, ob ihr Slave Gutes oder Böses dachte, ob er überhaupt dachte. Sie drehte sich im Kreis, forderte zum gewissen Augenblick ihren gewissen Handgriff, und die polierten Scheiben blinkten seltenlos, mochten die Gärten Zevilas, die Wunder der Pyramiden oder ein jarter Vers in Ernst blühen. Nichts, gar nichts verrückte ihren Schwung, die Achse stand genau im Lager am Morgen wie am Abend und das geprekte Blei entquoll als endloser Wurm den Behältern. Stets hatte Ernst diesen endlosen Wurm vor Augen. Er schlang und ringelte sich um ihn, froch an seinen Gliedern hoch und schnürte seiner Seele die Luft ab, daß er zu ersticken meinte.

Luft, Luft! ... Meine Fabrikmauern mehr, nicht mehr den eiligen Wurm, Himmel über sich, Weite um sich, die den Blick frei ausfliegen ließ, ihn nicht zurückließ wie die Fabrikwand! Ernst nahm Arbeit an Bauten, schleppte Mörtel und Ziegelsteine und sah das väterliche Gesicht vor sich, hoffnungslos lächelnd. War das sein Geschick: die vom Vater abgelegte Post weiterzugeben, bis zur letzten Stunde auf Leitern und Gerüsten zu turnen und anderen Wohnung zu bauen, während er selbst heimlos irrte? Das rauhe, lust- und sonnenbraune Arbitrium des Baugeschäftes stand Ernst innerlich näher als die Leibeigenschaft an der Maschine. (Fortf. folgt.)

Schwierigkeiten der Bohemia-Bank. Die Bohemia-Auslandsbank ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten. In der gestrigen Nachmittagsausgabe des „Nude Pravo“, welche sich damit befaßt, sind alle Betrachtungen, die das genannte Blatt darüber anstellt, ausnahmslos bis auf das letzte Wort von der Zensurbehörde ausgemerzt worden. Nur der Abdruck der Nachricht des „Prager Tagblatt“, welches am Sonntag die einfache Tatsache meldete, ist vom Zensur stehen gelassen worden. Mit Rücksicht darauf ist es auch uns nicht möglich, mehr als den Inhalt der Notiz des „Prager Tagblatt“ wiederzugeben. Diese Notiz lautet:

In der gestrigen Sitzung des Ausschusses der Koalitionsparteien fanden sich die führenden Verwaltungsratsmitglieder der „Bohemia“, tschechoslowakische Auslandsbank, ein und gaben bekannt, daß die „Bohemia“-Auslandsbank infolge der starken Schwankungen der Wechselkurse im Exportgeschäft derart große Verluste erlitten habe, daß die Bank vor dem Zusammenbrüche stehe. Die finanzielle Lage sei gegenwärtig so, daß nicht nur die gesamten Reserven verloren sind, sondern auch voraussichtlich das Aktienkapital, das erst kürzlich auf 35 Millionen Kč erhöht wurde, angegriffen erscheint. Die Verwaltungsratsmitglieder erklärten, daß die Bank in diese schwierige Lage unversehbar geraten sei, und stellten an den Exekutivauschuß der Koalitionsparteien das Ansuchen, er möge sich bei der Regierung dafür einsetzen, daß die Sanierung der Bank unter Garantie des Staates einen glatten Verlauf nehme. Die Beratungen des Koalitionsausschusses, an denen auch der Oberdirektor des Bankamtes Augustin Novak teilnahm, dauerten lange Zeit. Das Ergebnis der Beratungen kam dahin aus, daß die Regierung kaum imstande sein werde, die Sanierung der Bank durchzuführen. Es veranlaßt, daß die Regierung angesichts dieses neuerlichen Zusammenbruchs auf die Einbringung einer Vorlage zum Schutze der Einleger hinwirken wird.

Offiziell hat die Prager Polizeidirektion das vorliegende Kommuniqué herausgegeben, das offenbar dazu dienen soll, die Bevölkerung zu beruhigen.

Im Interesse der in- und ausländischen Gläubiger der Bank „Bohemia“ sowie im Interesse des Institutes selbst wurden gemäß der Verordnung der Regierung vom 19. Dezember 1919, Nr. 660 d. Smlg. d. G. n. Vrdg. resp. gemäß der Verordnung vom 22. Dezember 1922, Nr. 303 d. Smlg. d. G. n. Vrdg. Schutzmaßnahmen getroffen und eine Überprüfung des Standes der Bank angeordnet, welche wahrscheinlich — je nach dem Sachverhalte — bis Ende April d. J. durchgeführt werden wird.

Es wird sich noch Gelegenheit ergeben, an anderem Ort über diese Angelegenheit zu sprechen.

Ein Gesetz zum Schutze der Bankeinlagen. Wie das deutschsprachige Prager Regierungsblatt vor einigen Tagen gemeldet hat, wird im Finanzministerium an einem Gesetze zum Schutze der Bankeinlagen gearbeitet. Der Gesetzentwurf wird sich nicht nur auf Aktienbanken, sondern auch auf private Bankfirmen erstrecken. Durch eine verstärkte staatliche Aufsicht, die von einer halbamtlichen Institution ausgeübt werden soll, werden in erster Reihe die Geldeinlagen und die Einleger vor Schaden geschützt werden. Das Gesetz wird den Begriff der Geldeinlagen klar präzisieren und die Errichtung von Pflichtreservefonds je nach der Höhe der Einlagen vorsehen. — So weit das genannte Blatt. Man fragt sich nur, warum die staatliche Aufsicht von einer halbamtlichen Institution ausgeübt werden soll. Denn daß eine rigorose Staatsaufsicht notwendig ist, geht aus den Fällen der Währschickseligen Bank sowie der Bohemia-Bank deutlich hervor.

Die Konzentration im Bankwesen. Wie die bürgerlichen Blätter berichten, wird sich die Handelsbank in Königgrätz mit der Industrial- und landwirtschaftlichen Bank vereinigen. Das Aktienkapital der Handelsbank beträgt zehn Millionen Kronen, die Reserven betragen zwölf Millionen Kronen. Die Zentrale befindet sich in Königgrätz. Die Einlagen betragen Ende 1922 135 Millionen. Die tschechische Industrial- und landwirtschaftliche Bank besitzt ein Aktienkapital von 210 Millionen Kronen und Reserven von 90 Millionen Kronen. Sie hat nicht weniger als 60 Filialen.

Die Streiklage im Ostrauer Revier. Aus Währschick-Ostrau den 18. März meldet das Presbüro: In der heutigen Plenarkonferenz der Revierräte in Jarubel, an welcher über 100 Mitglieder der Betriebsräte teilnahmen, wurde nach dem Referate des Vertriebsleiters nachfolgende Resolution angenommen: Der Streik wird in der gleichen Weise wie bisher fortgesetzt. Am Mittwoch den 21. d. um 1 Uhr früh findet in Jarubel eine neue Konferenz der Betriebsräte statt, welche gemäß den Ergebnissen der Prager Verhandlungen weitere Maßnahmen beschließen wird. Die lokalen Streikausschüsse rufen die Arbeiterschaft für Mittwoch nachmittag zu einer Versammlung zusammen, wo ihnen über das Ergebnis der Verhandlungen Bericht erstattet wird. Man kann hoffen, daß die Arbeit in den Gruben am Donnerstag wieder aufgenommen wird, wenn irgend welche unvorhergesehene Hindernisse nicht eintreten.

Devienkurle.
Die tschechische Krone notiert in:
Paris Schw. Frank 16,00/00
Berlin Mark 621/55
Wien österr. Kr. 2128/00

Prager Kurse.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1383,00	1357,00
10.000 Mark	10.627,50	17.627,50
100 belg. Frank	185,50	197,00
100 schweiz. Frank	638,75	641,25
1 Pfund Sterling	160,625	162,125
100 Lire	185,25	166,75
1 Dollar	34,1000	34,5000
100 franz. Frank	216,75	218,25
100 Dinar	35,1250	35,6250
1000 magaar. Kronen	81,00	85,000
10.000 poln. Mark	6,0000	10,0000
10.000 österr. Kronen	4,0000	5,1000

Züricher Schlusskurse.

	Geld	Ware
Paris	33,6000	33,7500
London	25,2500	25,2750
Berlin	0,0257	0,0260
Amsterdam	25,8300	25,9500
Brüssel	212,25	212,75
Frankfurt	0,0074	0,0075
Wien	0,1450	0,1600
Prag	15,9250	15,90
Warschau	5,3750	5,3825
Belgrad	5,4000	5,5000
Bombay	0,11200	0,13700
Bien arch.	0,0000	0,0000

Aus der Partei.

Kreis-Konferenz Auffig.

Sonntag, den 18. März fand in Auffig die Kreis-Konferenz des Auffiger Gebietes statt. Als Vertreter des Parteivorstandes war der Parteivorstand Genosse Dr. Czech erschienen. Die Tagesordnung umfaßte: Berichte, ein Referat des Genossen Böllina über unsere Kampfmittel, ein Referat des Genossen Dr. Czech über die politische Lage, Bericht von der Reichskonferenz, Neuwahlen, Anträge. Die Berichte des Sekretariates, des „Volkrecht“ sowie jene des Kreisbildungsausschusses erstattete Genosse Böllina, der einen Rückblick auf die wirtschaftlichen und politischen Arbeiten warf und die Schwierigkeiten aufdeckte, unter denen gearbeitet werden mußte. Aus den Berichten über die Mitgliederzahlen und die finanziellen Verhältnisse ging hervor, daß die Partei allmählich die Zeiten der Krise, die infolge der kommunistischen Spaltungsarbeit eingetreten war, überwindet. Die Tätigkeit des Frauen-Kreis-Komitees besprach Genossin Rixpal, aus deren Bericht ebenfalls hervorging, daß in den Frauenorganisationen eine allmähliche Besserung eintritt. Ueber die Jugendorganisationen sprach Genosse Skoutajan, der erfreulicherweise von einer Verdoppelung der Mitgliederzahl sprechen konnte. Ueber die Tätigkeit der im vorigen Jahre eingesetzten Kommission für Gemeindegangehensarbeiten referierte Genosse Pözl, der insbesondere die Funktionen aufzählte, in strittigen Fragen die Auskünfte rechtzeitig einzuholen und sämtliche Gemeindefunktionäre zu einem Wohnort der „Freien Gemeinde“ aufzufordern. Sodann referierte er über den Beschluß einer gemeinsamen Sitzung der Kreisvertretung sowie der beiden Bezirksvertretungen Auffig-Stadt und Auffig-Land, wonach in Anbetracht der eingetretenen Verhältnisse der Rücktritt der sozialdemokratischen Mitglieder der Bezirksverwaltungs-Kommission Auffig beantragt wird. (Wir berichten darüber an anderer Stelle.) In seinem Referat über unsere Kampfmittel befaßte sich Genosse Böllina insbesondere mit einem eingelaufenen Antrag nach Herabsetzung des Bezugspreises des „Volkrecht“. An der Hand des Zahlenmaterials über die finanzielle Lage des Blattes wies er die derzeitige Unmöglichkeit einer solchen Maßnahme nach und forderte zu intensiver Verarbeitung unter den wirtschaftlich besser gestellten Arbeitern und Angestellten, insbesondere den Eisenbahnern, auf. Das auch in der Frage der Organisationsfähigkeit etwas geleistet werden kann, beweist am besten der Umstand, daß durch die Tätigkeit unserer Genossen Hoffmann aus Resteritz und Renner aus Großpriesen in den letzten Tagen über siebenzig Arbeiter der Papierfabrik Resteritz der politischen Organisation unserer Partei zugeführt werden konnten.

Die Nachmittags-Sitzung wurde eingeleitet durch das nahezu zweistündige Referat des Genossen Dr. Czech, das sich zu einer groß angelegten Auseinandersetzung mit den tschechischen Sozialdemokraten und den Kommunisten gestaltete. Wir werden seine Ausführungen nachher nachtragen. In der Debatte über die Berichte brachten verschiedene Genossen Beschwerden über die Parteitätigkeit und das „Volkrecht“ vor, die von den Genossen Böllina und Pözl zum größten Teil widerlegt wurden. Es ist erfreulich festzustellen, während in bezug auf die große politische Linie vollständige Einmütigkeit herrscht. Die Abstimmung über die zu den Berichten vorliegenden Anträge ergab die Ablehnung des Antrages auf Herabsetzung des Bezugspreises des „Volkrecht“ mit der gleichzeitigen Vollmacht an die Kreisvertretung, den Preis herabzusetzen, sobald die finanziellen Verhältnisse es erlauben. Einmütig wurde der Antrag auf Zurückziehung unserer Vertreter aus der Bezirksverwaltungs-Kommission beschlossen. Die Mandatsprüfung ergab die Anwesenheit von 143 Delegierten und 21 Gästen. Sodann berichtete Genosse Böllina über die Reichskonferenz und besprach insbesondere die Notwendigkeit des regen Betriebes der Preßfondsmarken für den „Sozialdemo-

Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau,
Tischlergasse 6, 1002
empfiehlt sich den P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Druckschriften: wie Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitteilungsblättern, Einladungen, Plakaten, Flugschriften, Fakturen, Briefpapieren etc. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

krat“. Der Bericht der Kontrolle ergab die Zustimmung zu der Geschäftsführung, worauf den Kreisinstanzen die Entlastung erteilt wurde. Die Neuwahlen ergaben, daß mit 96 von 115 abgegebenen Stimmen Genosse Beutel als Vertrauensmann und mit der gleichen Stimmzahl Genosse Schiller Josef zu seinem Stellvertreter gewählt wurde. Dem wegen häufiger Abwesenheit und Arbeitsüberlastung zurücktretenden Genossen Grünzer wurde der einmütige Dank der Konferenz für seine geleistete Arbeit ausgesprochen. Genosse Beutel dankte für das bewiesene Vertrauen, appelliert an die Mitarbeit aller Genossen und verspricht, ohne Voreingenommenheit für die Partei und ihre Interessen zu wirken. Es gelangt sodann ein Antrag zur Abstimmung, der die gemeinsame Durchführung der Raifeier mit den Kommunisten verlangt. Der Antrag wurde einstimmig abgelehnt. Nachdem Genosse Dr. Czech für die freundliche Aufnahme gedankt und die Konferenz zum Ergebnis ihrer Beratungen beglückwünscht hatte, schloß Genosse Grünzer mit einem Appell zu intensiver Parteiarbeit um sechs Uhr die Konferenz.

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute Dienstag Gastspiel Richard Kubla „Der Evangelist“, morgen Mittwoch „Frasquita“, Donnerstag zum erstenmal „Die Erwachsenen“, Freitag und Sonntag Gastspiel Kubla „Ernani“, neuentwirft. Samstag und Montag „Apachen“, Sonntag nachmittag halb 3 Uhr „Die Bajadere“.
Kleine Bühne. Heute Dienstag und Sonntag nachmittag „Jungeberg“, morgen Mittwoch der Schulkhauw „Extemporale“, Donnerstag „Der Tanz ins Glück“, Freitag Einakter „Sommer am Ufer“ von Felix Salten, Samstag „Die Erwachsenen“, Sonntag abend noch längerer Pause Hermann Bohrs „Konzert“.

Turnen und Sport.

G. F. C. gegen U. S. R. Ugram 2 : 0 (2 : 0).

D. F. C. gegen Fußballverein Nürnberg 3 : 3. (0 : 3).

Die Leitung des deutschen Fußballklubs scheint schlecht beraten zu sein. Aus einem uns unerfindlichen Grunde wurden zwei schwere Wettspiele an zwei aufeinanderfolgenden Tagen absolviert, ein Beginnen, das sehr schlecht enden konnte. Und tatsächlich hätte hiezu auch nicht viel gefehlt. Es ist bezeichnend für eine vom sportlichen — nicht geschäftlichen — Standpunkte sträflich leichtfertige Leitung, die einem schweren, auch in Prag gefürchteten Gegner, wie es der Nürnberger Verein ist, eine vom Bortage her ermüdete Mannschaft entgegenstellt. Jeder vernünftige Mensch hätte ein Debakel voraussehen können. Daß dieser Fall nicht eintrat, ist nur der aufopferungswollen Haltung der Spieler zu danken.

Am Samstag schlug der DFC die Ugramer Studentenmannschaft 2 : 0. Das Spiel hatte keinen besonderen sportlichen Wert. Die Jugoslawen sind schnell, ausdauernd und — überaus scharf. Die Prager spielten zersahren. Der Schiedsrichter Roscherat gehört zu jener Gattung von Unparteiischen, die infolge ihrer Unfähigkeit eine stete Gefahr für Leben und Gesundheit der Spieler bilden und denen man das Betreten des Rasens polizeilich verbieten sollte.

Zu seinem schwersten Spiele seit Beginne der Saison gegen den Nürnberger Fußballverein am Sonntag, trat der DFC, ermüdet und mit einem Ersahmann für Leh an. Die trübsten Erwartungen schienen sich zu erfüllen: In der ersten Halbzeit führten die Reichsdeutschen mit drei Goals. Die Prager Mannschaft, deren schwerstes Handicap der Er-

fahmann war, schien übermüdet zersahren, lustlos, eine katastrophale Niederlage lag in der Luft. In der zweiten Halbzeit traten die Heimischen wieder mit Leh an, — der Ersahmann war verletzt worden — und führten ein Spiel vor, wie wir es seit Jahren vom DFC nicht mehr gesehen haben. Jeder einzelne Spieler schien von Kampfwillen erfüllt. Die Prager überannten mit unglaublichem Eifer den Gegner, der überhaupt nicht mehr zu Atem kam, und — glücken aus. Ein Hauptverdienst an diesem günstigen Resultat gebührt neben Leh Maher, der eine Glanzleistung bot. Nur dem Eifer und der Aufopferung der Mannschaft ist es zu danken, daß das Bestreben der Klubleitung, das mühsam erworbene Renomee des Prager Klubs zu vernichten, nicht erfüllt wurde. Die Nürnberger spielten erstklassigen Fußball, waren rasch, ausdauernd, schnell startend und schußficher. Allerdings sind ihre Erfolge ein Verdienst der Prager Verteidigung. — Schiedsrichter Zebak: korrekt.

Wir hoffen, daß der vorgestrige Sonntag für die Macher des DFC ein Menetekel war. L. K.

Sparta gegen Vienna 2 : 0 (1 : 0). Die Wiener leisteten einen so starken Widerstand, daß sich die Sparta anstrengen mußte, einen halbwegs annehmbaren Sieg zu erzielen.

Slavia gegen Viktoria-Hamburg 6 : 0 (3 : 0). Die Hamburger spielen viel zu weich und können gegen das sabelhaft spielende Innetrio der Slavia nichts ausrichten. Slavia auch technisch den Gästen hoch überlegen.

Niederösterreich gegen Süddeutschland 4 : 2 (1 : 0). Stuhlhaus im Tore der Süddeutschen, die ihre zweite Garnitur aufgestellt hatten, verschuldete durch Herauslaufen die meisten Tore. Bei Niederösterreich, dessen Mannschaft besonders in der zweiten Halbzeit des Spieles beherzigt, war die Einstellung Hanel (Slovon) ein Fehler.

Brünner Spiele. Wiener Sp. R. g. Brünner EA. 6 : 1 (2 : 1), Moravka Slavia S. U. S. R. Ugram 1 : 0 (1 : 0), Zidenice g. Prostejov 3 : 3 (1 : 2), Meßkall g. Borwärts 6 : 0 (5 : 0), Währ.-Ostrauer EA. g. Schilles 11 : 0. — Preßburg: Sokolow Wien g. CSR. Bratislava 4 : 0.

Mitteilungen aus dem Publikum.

„Tolle Weiber“ (Polish Bibles). 1490
Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß
Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Bibliotheken

für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der
Vollbuchhandlung
Ernst Sattler,
Karlsbad.

Stadt- und Dorfgemeinde fördern

die Verantwortung einer Unmenge von Verwaltungsaufgaben. Nachfolgendes Verzeichnis bietet sich Ihnen auf diesem Gebiete als Führer an. Bestellen Sie noch heute durch Postkarte bei der
Buchhandlung Freiheit
Teplitz-Schönau
Terebentengasse 18.